

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Liste für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepostete Kolonette
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Verhandlungen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 9. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Ausschaltung der Krone.

Der Reihe nach sind in dem letzten Jahrzehnt im Deutschen Reich und in Preußen die staatsrechtlich zur Regierung berufenen Instanzen ausgeschaltet worden. Wir haben die Ausschaltung des Bundesrats, des Reichstags, des Reichspräsidenten, des Reichsregierers, des Reichsministers, des Reichstags erlebt. Das aber ein Tag kommen würde, an dem auch einmal die Krone ausgeschaltet werden könnte, dies Wunder der Wunder hätte man denn doch für unmöglich halten sollen.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß die Entscheidung des Oberpräsidenten von Berlin zweifellos tatsächlich auf die Krone zurückzuführen ist. Zudem man aber an maßgebender Stelle die Form der scheinbaren Uebergebung der Krone wählte, um die Zurückweisung des städtischen freisinnigen „Jacob Guertums“ so scharf wie möglich zu gestalten, fing man sich in der eigenen Schlinge. Alles Recht, auch das Verfassungsrecht, ist eben nur formaler Natur, und die formalen Fiktionen sind zwingendes Recht, die allen Diskussionen und Handlungen zu Grunde gelegt werden müssen.

In der That ist seit langer Zeit kein solcher Fortschritt gewagt worden, als die staatsrechtliche Auffassung, auf der die oberpräsidiale Entscheidung beruht. Was Besseres läßt sich gar nicht wünschen, als diese Ausschaltung der Krone, als diese Verfügung, die endlich die greifbare Regierung an die Stelle der unverleglichen Majestät setzt. Man sollte meinen, daß auch unser Bürgerfreisinn mit solcher Veränderung der Sachlage sehr zufrieden sein könnte. Aber nein: Unser braver Freisinn hat in diesen Zeiten des innerlich schärfsten Konflikts keine wichtigere Sorge, als sich — um die Rechte der Krone zu sorgen, sie zu schützen gegen die „Tyrannei“ des Oberpräsidenten, als Vogil in die Konstitutionskassen des preussischen Staatsrechts zu bringen.

In einer freisinnigen Bezirksversammlung hat bereits ein Rechtsanwält in einem Referat über die „Rechte des Königs in Berlin“ ausgeführt, der Oberpräsident hätte wohl das Recht, bei Wiederwahl eines vom Könige nicht bestätigten kommunalen Funktionärs, sofort einen kommissarischen Verwalter einzusetzen, dagegen sei seine Weigerung, das Wahlprotokoll abermals dem Könige vorzulegen, völlig ungesetzlich, ja ein Eingriff in die Rechte der Krone, der dadurch die Möglichkeit einer Bestätigung des Wiedergewählten genommen werde. Ein Verwaltungsstreit-Verfahren sei in diesem Falle unzulässig, dagegen stände einer Beschwerde an den Minister des Innern sowie einer diesbezüglichen Interpellation nichts im Wege. Und in der Debatte empfand es der freisinnige Stadtverordnete Rosenow als eine besondere Kränkung der Stadt, daß jetzt nicht der König höchstselbst gerufen habe, die in Ehrfurcht erstehenden kommunalen Wähler die Schlichtung hinunter zu befördern, sondern daß vielmehr mit dieser Aufgabe bloß ein einfacher Oberpräsident betraut sei; der freisinnige Mann gestand — vermutlich mit thranenden Augen — das hätten die Stadtverordneten nicht erwartet, schon so weit in der Achtung der Regierungsbehörden gesunken zu sein, daß diese es nicht mehr für nötig halten, die Beschlüsse weiter zu geben.

In ähnlicher Trübsal fordernd die „Vossische Zeitung“ auf, manhaft uns Recht der — Krone zu kämpfen. Das Blatt, das die Komik des ernsthaften Phylister repräsentiert, schreibt:

„Daß der Oberpräsident nicht an den Minister zu berichten und der Minister nicht die Entscheidung der Krone einzuholen brauche, steht weder in § 33 noch in einer anderen Bestimmung des Gesetzes. Hätte der Oberpräsident dieses Recht, den Bericht zu unterlassen, so stände ihm, nicht aber dem Könige die Entscheidung zu. Das widerspricht dem obersten Satz des § 33, daß der König in Städten von mehr als 10 000 Einwohnern die Bestätigung der Bürgermeister und Beigeordneten zu erteilen oder zu verweigern hat. Ein andres ist die Bestellung eines Kommissars, ein andres die Verjagung der Bestätigung. Es ist das unanfechtbare Recht der Krone, einen Beigeordneten, dem zuerst die Bestätigung verweigert war, nach der Wiederwahl zu bestätigen, auch wenn seine Stelle inzwischen kommissarisch besetzt war. Hat aber die Krone dieses Recht, so müssen ihr füglich von dem verantwortlichen Minister die tatsächlichen Unterlagen für ihre erneute Entscheidung geliefert werden. Witherin ist der Bericht über die Wiederwahl von dem Oberpräsidenten an den Minister und von diesem an die Krone zu leiten. Einstweilen kann daher nicht die Rede davon sein, daß der Wiederwahl Kaufmanns die Bestätigung verweigert sei. Es wird Sache der städtischen Behörden sein, diejenigen Schritte zu thun, die geeignet erscheinen, die gesetzlich erforderliche Entscheidung der Krone selbst herbeizuführen.“

Diese besorgten staatsrechtlichen Deduktionen der freisinnig-freisinnigen Kronjuristen mögen richtig sein und sie müssen richtig sein, sofern der Verfassung eine Spur von Logik, wenn auch nur reaktionärer Logik innewohnen soll.

Aber welches Interesse hat der Liberalismus daran, den „Jertum“ des Oberpräsidenten zu korrigieren, ihn sogar auf dem Weg der Verfassung anzusehen. Auch für den schwächlichen Liberalen sollte doch der „Jertum“ des Oberpräsidenten ein freudig begrüßtes Ereignis sein. Nicht den „Jertum“ eines Regierungsorgans zu verbessern sollte liberale Aufgabe sein, sondern vielmehr müßte die ungeschickte oberpräsidiale formale Anwendung einer konstitutionellen Fiktion den Liberalismus veranlassen, die Fiktion allgemein zur rechtmäßigen Wahrheit zu machen, die Ausschaltung der Krone und in der Konsequenz auch der Regierung aus der kommunalen Selbstverwaltung endlich zur Programmforderung einer energischen Agita-

tion zu erheben. Es ist ein Bild von erschütternder Poffenhaftigkeit, daß der bürgerliche Freisinn in dem Augenblick, wo das Recht der Selbstverwaltung mit gebrochener Mühe am Boden liegt, statt endlich Ernst mit der Selbstverwaltung zu machen, mit dem Aufgebot juristischer Seelenqualen für eine — Erweiterung der Kronrechte sich!

Damit sind wir zum Kern des ganzen Konflikts zwischen Stadt und Krone gelangt, eines Konflikts, der in aller Schärfe ausbrechen mußte, sobald es einem Inhaber der preussischen Krone beliebte, die ihm verlehrenen Machtvollkommenheiten der reaktionärsten aller europäischen Verfassungen — von Rußland und der Türkei abgesehen — wirklich voll auszunutzen. Daher wurde die Lage der Stadt Berlin seit dem Jahre 1888 im wachsenden Maße unenttäglich — statt der papierenen Selbstverwaltung wurde ihr eine Politik schlimmster Demütigungen und zahlloser Verlegenheiten beschert.

Die preussische Verfassung stammt aus der Zeit der tiefsten politischen Erniedrigung; sie bedeutete die Ueberwältigung und die Verhöhnung der März-Revolution. Ein halbes Jahrhundert ist seitdem verstrichen, fünfzig Jahre größter politischer und sozialer Umwälzungen, in Preußen herrscht noch immer die absolutistisch-bureaucratische Vormärzzeit, die lediglich als Karrikatur eine Verfassung aus Pflastersteinen trägt. In dem halben Jahrhundert hat das preussische Verfassungsleben keinen Fortschritt, im einzelnen sogar Rückschritte, zu verzeichnen gehabt, können doch sogar selbst Kabinettsordens aus dem 18. Jahrhundert gelegentlich tief in das moderne Leben Preußens eingreifen. Ein solches Beispiel politischer Starre bietet sich in dem civilisierten Europa nicht zum zweitenmal.

Niemand wird glauben, daß unsere Bourgeoisie, und heisse sie sich noch so freisinnig, berufen sein könnte, eine Aenderung dieses entwürdigenden Zustandes zu erklären. Unser Bürgerium hat unwiderruflich die Zeit, da es Geschäfte zu machen befähigt war, verstimmt. Eingeklinkt zwischen der atavistisch herrschenden Feudalklasse und dem gewaltig aufwärts strebenden Proletariat, ist es zu einer lächerlichen Ohnmacht verurteilt.

So hat auch der bürgerliche Freisinn nicht mehr die Möglichkeit, das Recht der städtischen Selbstverwaltung, die Emanzipation der Kommune von Absolutismus und Bureaucratie zu erklären. Der Augenblick, wo mit der Selbstverwaltung Ernst gemacht werden würde, wäre seine — Todesstunde.

Die Interessen enger Gruppen des mobilen Kapitals in hornierter Eigensucht vertretend, wurzelt die Macht des Freisinn in eben jenen politischen Zuständen, in denen seine Ohnmacht gegenüber den Zumutungen des alten zähen Feudalismus begründet ist. Ohne eine Aenderung der Verfassung, ohne eine demokratische Reform des Wahlrechts in Staat und Gemeinde ist die Durchsetzung einer wirklichen Selbstverwaltung undenkbar. Die Bourgeoisie kann niemals unter dem jetzigen System eine Ausschaltung der Krone und der Regierung aus der Gemeindeverwaltung durchsetzen. Sie kann aber auch nicht jene Voraussetzungen der Verfassung ändern wollen, von deren Gnaden sie lebt. Eine Aenderung des Wahlrechts — und die Herrschaft des Freisinn in den Kommunen ist gewesen; das Proletariat ergreift dann die Macht! Ohne Aenderung des Wahlrechts aber bleibt die Selbstverwaltung eine leere Utopie.

Das ist der tiefe Grund, warum die Bourgeoisie-Kommune wehrlos allen Eingriffen des Feudalregiments überliefert ist. Die einzige Waffe, mit der sie wirksam die Angriffe zurückweisen könnte, würde sich gegen sie selbst kehren; der Freisinn würde an der Verfestigung des Absolutismus selber zu Grunde gehen. Daher muß die liberale Opposition es beim zahllosen Weihen, beim wirkungslosen Schelten bewenden lassen, darum muß sie kriechen und betteln, sich demütigen und Lächerlichkeiten aller Art begeben. Darum kann die Bourgeoisie niemals den Konflikt gegen die feudale Oberherrschaft durchzuführen, kaum daß sie ihn in Gedankenstunden zu beginnen wagen darf.

So ist auch diese liberale Reform dem Proletariat überantwortet. Nur die Socialdemokratie ist fähig, die bürgerliche Selbstverwaltung zur Durchführung zu bringen. Wenn in diesen Tagen in Berlin der kommunale Wahlkampf beginnt, so wird man nicht verfehlen, eine energische Agitation für die endliche Erreichung einer wirklichen Selbstverwaltung zu entfalten, und man wird zugleich zeigen, wie der Freisinn, seiner ganzen geschichtlichen Situation nach, unfähig ist, diese Aufgabe zu übernehmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 8. Oktober.

Jollwucher.

Der Bundesrat hat heute die Beratung des Jolltarif-Gesetzesentwurfs begonnen. Es ist ausgeschlossen, daß der Bundesrat den in der Reichsregierung ausgearbeiteten Entwurf seines hochschützamerikanischen und agrarischen Wesens entkleiden könnte. Von Preußen ist dies nicht zu erwarten, da die preussischen Stimmen im Bundesrat von derselben Stelle abgehen werden, unter deren Namen der Reichsregierungs-Entwurf geht. Die bairische Regierung hat soeben in der Abgeordneten-Kammer ihre Bereitwilligkeit bekundet, den Grundlagende des Entwurfs zuzustimmen, ja sie hat den Interessenten Anträge auf weitere Erhöhung des Hopfens und Tabakzoll zugesagt. Das Strauben der Hansstädte und einiger Kleinindustrieller Staaten wird daher keinerlei irgendwie beträchtliche Erfolge erzielen können.

Zweifelhaft kann höchstens sein, ob der Minimaltarif für die Getreide-Arten beibehalten werden wird. Es war jedenfalls auffällig, daß die Regierungsvertreter in Bayern dem ungeschliffenen Fragen der Centrumsagrarier über ihre Stellung-

nahme zum Minimaltarif beharrlich ausgewichen sind. Dennoch wäre es verfehlt, vom Bundesrat mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß er wenigstens diesen handelspolitischen Bahnhof ablehnen werde. Vorläufig ist eher zu vermuten, daß der Bundesrat auch diese agrarische Wille schluden wird.

Erst im Reichstag wird das Jollnetzum auf ernsthaften Widerstand stoßen und dort kann es sein Ende finden, wenn das arbeitende Volk treu und tapfer zu den Verlempfern des Brotwuchers steht.

München, 8. Oktober. Bei der heute in der Kammer der Abgeordneten fortgesetzten Besprechung der Interpellation über die Stellung der Regierung zum Jolltarif sprachen Hilpert (Bayernbund), v. Vollmar (Socialdemokrat) und Steininger (Centrum), welche nochmals alle Gründe für bezw. gegen den Entwurf belesigten. Nach kurzen Erklärungen der Minister Freiherr v. Nibel und Freiherr v. Feilitzsch wurde, obwohl noch eine größere Zahl Redner vorgemerkt war, ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Damit ist die Interpellation erledigt.

Die württembergische Centralstelle für Landwirtschaft hat in Anwesenheit des Ministers v. Bischoff über den Tarifentwurf beraten. Die Körperschaft, welche die Wohlhabenden der Landwirtschaft vertritt, beschloß, für fast sämtliche landwirtschaftliche Erzeugnisse höheren Zoll zu fordern als der Tarifentwurf vorschlägt und zwar als Minimalzölle. Also in Württemberg versteht sich der ländliche Grundbesitz ebenso auf die agrarische Zollheit wie in andern Staaten.

Aus Halle a. S. wird uns berichtet:

Nachdem der tapfere Magistrat von Halle sich seit Februar d. J. in der Kommission zur Vorberatung einer etwaigen Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle über die Kompetenzfrage den Kopf gebrochen hat, erlucht er jetzt die Stadtverordneten, von der Einreichung einer Petition absehen zu wollen. Das Stadtverordneten-Kollegium lehnte aber am Montag das Gesuch des Magistrats einstimmig ab und nahm folgende vom Stadtverordneten-Vorleser Prof. Dittenberger entworfene Resolution in namentlicher Abstimmung mit 45 Stimmen gegen eine Stimme an:

„Im Hinblick auf die blühende Exportindustrie unserer Stadt und auf die zahlreiche Arbeiterbevölkerung, deren Existenz von dem Gedeihen dieser Industrie abhängt, erkennt die Stadtverordneten-Versammlung in dem erneuten Abschluß langfristiger Handelsverträge ein Lebensinteresse des städtischen Gemeinwohls. Das Zustandekommen solcher Verträge erscheint aber ernstlich gefährdet durch den Entwurf eines Jolltarifs bezw. die Festlegung von Minimalzöllen für die Getreidezölle, welche die Verhandlungen erheblich zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen drohen. Dazu kommt die Gefahr einer bedeutenden Erhöhung der Lebensmittelpreise mit ihren verhängnisvollen Folgen für das materielle und sittliche Wohl der ärmeren Bevölkerungsklassen. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß der Jolltarif-Entwurf nicht in seiner vorliegenden Gestalt zum Gesetz erhoben und daß namentlich im Interesse des Allgemeinwohls und der Gerechtigkeit von einer Erhöhung der bestehenden Getreidezölle gänzlich abgesehen werde.“

Seitens der socialdemokratischen Stadtverordneten war beantragt worden, den Magistrat trotz seines ablehnenden Standpunktes zur Abwendung einer Petition zu veranlassen. Die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten aber dagegen, um einen Konflikt mit dem Magistrat bezw. dem Bezirksausschusse aus dem Wege zu gehen.

Die russische Preise und der Wuchertarif.

Aus Petersburg wird uns berichtet:

Gegen die deutsche Jolltarif-Politik wendet sich neuerdings die „Kowoje Wremja“ in scharfer Ausführung. Das offiziöse Organ beginnt seinen letzten Leitartikel mit den Worten: „Es ist ungläublich, daß die deutschen Staatsmänner, in offensichtlichem Größenwahn, tief davon durchdrungen sind, daß, wie Deutschland auch bestrebt sein mag, die andern Staaten zu überbieten und zu gerichten, diese letzteren es nicht desto weniger immer für eine besondere Ehre und für eine Ehre halten werden, Schulter an Schulter und Fuß an Fuß mit den pommerischen Grenadieren zu gehen, welches auch die Folgen eines solchen Marsches für die Interessen der Verbündeten sein mögen.“ Die weiteren Ausführungen der „Kowoje Wremja“ bedecken sich dann im wesentlichen mit den gleichzeitigen der gleichfalls einflussreichen „Kossija“, welche das Ende des Dreibundes gelommen sieht und meint: „In jedem Falle ist es zweifellos, daß weder Oesterreich-Ungarn noch Italien aus dem Boden des von Deutschland projektirten Tarifs den Dreibund erneuern werden. Es ist ja lächerlich, einen Vertrag über einen Jollkrieg hinweg zu schießen, denn auf den deutschen Tarifentwurf können Oesterreich-Ungarn sowohl wie Italien nur mit einem Vogelschrei der deutschen Einfuhr antworten. Wenn aber Deutschland seinen Verbündeten nachgeben wird, so wird es wohl oder übel auch Rußland nachgeben müssen. Undernfalls wird Rußland durch seine Hölische den Produkten der deutschen Industrie die Grenze sperren.“ Die Sprache der über die Politik der russischen Regierung gut unterrichteten Wälder wird bezüglich der deutscherseits beabsichtigten Jollpolitik eine stets schroffere.

Der Spiritüdring in der Klemme.

So haben ihnen also doch alle großsprecherischen Redereien und alle Drohungen nichts genutzt — der Spiritüdring muß die Waffen strecken, die Luft geht ihm aus! Seit 1. Oktober ist seitens der Centrale der Abschlagspreis pro Hektoliter Spiritus von 89 Mk. auf 85 Mk. herabgesetzt worden! Damit ist die Aufgabe der Centrale, die Preise in die Höhe zu schrauben, als gescheitert anzusehen! Das Organ der Centrale, die „Zeitschrift für Spiritus-Industrie“, hofft zwar, daß diese Preisermiedrigung nur vorübergehend sein wird, aber sie macht sich auch bereits mit dem Gedanken vertraut, daß die ganze Ringherrlichkeit zu Ende geht.

Und zwar haben das mit ihren Reden die bösen Sozi gethan! Die „Zeitschr. f. Sp.“ gefiecht jetzt ein, was sie im Frühjahr heftig bestritt, daß durch das Aufzustandekommen des Rotgeyses sich schon im Frühjahr jeder sagen konnte, es werde dadurch eine wesentliche Verschlechterung in der Lage des Bremereigewerbes eintreten. „Verschlechterung“ heißt aus dem Agrarischen ins ehrlische Deutsch überetzt: Unmöglichkeit wüßlicher, ungerechtfertigter Preissteigerung! Das Rotgeyse wurde bekanntlich verhindert, da unsere Fraktion seine gründliche Verurteilung forderte und dieser Forderung gegenüber dem Durchsetzungsverfuch der Spiritusparteien durch Anwendung aller geschäftsordnungsgemäßen Mittel nachdrückte! Viele Agrarier hatten es nicht für notwendig gehalten, so lange in Berlin zu bleiben, bis sie ihre Beute in Sicherheit gebracht, und infolgedessen konnte der Reichstag durch unsere Fraktion beschlußfähig gemacht werden. Entgegen der damals vom Abg. Wurm vertretenen Ansicht, daß das Rotgeyse nur den Zweck habe, der Centrale ein Monopol zu schaffen, erklärte damals Herr von Kardorff, daß auch ohne dieses Gesetz die Centrale „das Monopol, das heute ein sehr unvollkommenes ist, vollkommen ausgestalten werde. Sie braucht dann überhaupt keine Gesetze mehr; sie kann selbst den Preis für den Trink- und den denaturierten Spiritus machen wie sie will. Deshalb liegt mir an dem Zustandekommen des Gesetzes an sich nicht sehr viel.“

Herr v. Kardorff hat sich aber hier — wie ihm das schon so oft passierte — als ein sehr schlechter Prophet erwiesen! Gerade dadurch, daß das Gesetz nicht zu Stande kam, würde es der Centrale unmöglich, eine Monopolstellung zu erringen. Die noch ringenden Brennereien und Händler konnten sich der erscheidenden Annahmerung durch den Ring erwehren und wenn es in der kommenden Session gelingt, abermals den Beutezug der Liebesgaben-Empfänger zurückzuschlagen, dann müßten, wie die „Zeitschr. f. Spiritusindustrie“ wohlklingend zugesticht, die Bestrebungen auf dem Gebiete des denaturierten Spiritus als gescheitert betrachtet und alle weiteren mit großen Opfern verbundenen Bemühungen eingestellt werden.

Hoffentlich gehen die trübten Beschränkungen der Spirituskritter in Erfüllung und die Bevölkerung bleibt von dem Tribut an diesem Ring verschont. — Wohin die Ringwirtschaft führt, zeigt ja der Zuckerwucher deutlich genug! —

Deutsches Reich.

Es ist erreicht! Der Kaiser hat den Oberbürgermeister Kirchner zur Audienz nach Hubertusstod befohlen. Im Beisein des Herrn v. Lucanus wurde Herr Kirchner empfangen und mit ihm — Stadtbaurat Hoffmann.

War die Anwesenheit des Stadtbaurats erforderlich, wenn die Frage der Ueberführung der Linden besprochen werden sollte, um deren Willen Herr Kirchner die Audienz beim Kaiser nachgesucht hatte, die ihm wegen bereits getroffenen Verfügungen früher abgelehnt worden war? Ebenso schließt die Herbeiführung des Stadtbaurats an, daß der Kaiser die Angelegenheit des zweiten Bürgermeisters mit dem Oberbürgermeister zu besprechen sich gedrängt fühlte.

Also wird der Empfang dem Märchenbrunnen gegolten haben, wegen dessen Herr Kirchner zwar niemals eine Audienz begehrt hat, dessen Umgestaltung aber der kaiserliche Kunstgeschmack fordert. Der Erfolg der Audienz dürfte die Zustimmung des Oberbürgermeisters sein, er werde sich bemühen, daß die Stadt Berlin den Märchenbrunnen nach den Wünschen des Monarchen erbauen lasse. Damit wäre in diesem Kastenlönig von Streitigkeiten zwischen Krone und Stadt der einzige Streit gütlich beigelegt, in dem die Stadt hoffen konnte, Recht bei den Gerichten zu finden!

Wie mag der Felsinn den Jubel des neuen Erfolges ertragen? —

Eine dringliche Aufgabe.

Ein 1897 wegen einer moralischen Verfehlung und wegen Majestätsbeleidigung in Hannover mit zwei Jahren Gefängnis bestraffter Kaufmann K. kam, als er die Strafe verbüßt hatte, nach Berlin, fand hier Stellung bei einer Versicherungsgesellschaft und schuf sich so eine Existenz. Er wurde jedoch alsbald durch den Polizeipräsidenten auf Grund der ihm im Gesetz vom 31. Dezember 1842 gegebenen Befugnisse aus Berlin und den Vororten ausgewiesen. Beschwerde bei der oberen Verwaltungsbehörde und Klage beim Ober-Verwaltungsgericht blieben fruchtlos; beim Ober-Verwaltungsgericht beantragte der Oberpräsident die Abweisung der Klage mit der Begründung:

Abgesehen von seiner unmoralischen Reizung stempelte ihn die Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung zu einer Persönlichkeit, welche die öffentliche Sicherheit und Moral im hohen Grade bedrohe, namentlich unter Verächtlichmachung der Thatsache, daß zahlreiche Mitglieder der unteren Schichten der Berliner Bevölkerung jeder Aufreizung gegen den Thron und den Träger der Krone gern ein williges Ohr leihen.

Das Ober-Verwaltungsgericht schloß sich den Beurteilungen des Oberpräsidenten an, der Kaufmann K. muß Berlin verlassen.

Zunächst ist unrichtig, daß die unteren Schichten der Berliner Bevölkerung in besonderer Weise Majestätsbeleidigungen zugänglich seien. Im Gegenteil ist gerade die aufgeregte Bevölkerung Berlins, so scharfe Worte auch der preussische König gegen sie gerichtet hat, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß weder Ueberhebung noch Mißachtung einer einzelnen Person für die Förderung ihrer politischen und kommunalen Interessen förderlich sein könne. Die Kriminalstatistik widerlegt zudem bündig die Behauptungen des Oberpräsidenten.

Mit einer Begründung, wie sie das Ober-Verwaltungsgericht gegeben, ist jeder, der sich einmal gegen den zwar überaus unnützen, aber beschiedenen und darum zu respektierenden Majestätsbeleidigungs-Paragrafen vergangen hat, der Ausweisung aus dem Orte ausgesetzt, an dem er sich eine neue Existenz begründen will. Es wäre eben so bequem, in Kreisen, wo eine gut konservativ und monarchische Bevölkerung sich, den Majestätsbeleidiger mit der Begründung fortzujagen: Weil hier die unteren Schichten noch frei von Reizungen der Majestätsbeleidigungen geblieben sind, darf der gefährliche Eindringling sich nicht niederlassen; er muß hinaus, damit Aufrechterhaltung verübt werde!

Doch ganz abgesehen von der Begründung — diese Ausweisungsbefugnis der Polizei ist an sich ein schweres Uebel, dessen Beseitigung erstrebt werden muß. Diese Befugnis bedeutet in vielen Fällen nichts Geringeres, als eine Anstiftung zu neuen Vergehen und Verbrechen. Die Gefängnisdirektionen und die Vereine für entlassene Sträflinge wissen davon zu berichten, daß häufig Personen in das Gefängnis zurückkehrten, die mit den besten Hoffnungen entlassen waren, die aber durch die polizeiliche Ausweisung furchtbarer Not überantwortet und so zu neuen Gesetzesübertretungen getrieben wurden. Insbesondere die Rubrik der Rückfalls-Diebstähle in der Kriminalstatistik würde erheblich zusammenschrumpfen, wenn jene Polizeibefugnis beseitigt würde, die zu der verübten Strafe die neue, vielleicht desto schwerere der Existenzbedingung hinzusetzt.

Der oben erzählte Fall ist nicht der einzige dieser Art und es ist dringlichst geboten, ein verdrücktes Gesetz, das derartige Folgen herbeiführt, endlich zu kassieren.

Industrielle Ueberzöller.

Einige industrielle Interessentenvereinigungen sind in letzter Zeit mit Erfolg bestrebt, die Leiter des Bundes der Landwirte in ihren Forderungen noch um ein Erkleckliches zu übertreffen. An der Spitze dieser Vereinigungen, die dem Grundgesetz hulden, daß wenn es einmal an das Fördern geht, es auf eine Handvoll mehr nicht ankommen kann, steht der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten, der hier kürzlich unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats H. Lueg-Düffeldorf tagte. In der einstimmig zur Annahme gelangten Resolution heißt es nach einer Erklärung zu Gunsten langfristiger Handelsverträge und gegen die Festsetzung von Minimaltariffen für Getreide wörtlich:

„Was den Tarifentwurf betrifft, so erkennt der Verein an, daß in seiner Anordnung der heutigen Bedeutung des deutschen Maschinenbaues durch Schaffung eines besonderen Abschnitts und Specialisierung der einzelnen Positionen mehr Rechnung getragen worden ist, als dies früher der Fall war. Andererseits weiß der Verein jedoch darauf hin, daß die für Maschinen und verwandte Fabrikate vorgesehene Zölle nicht in richtigem Verhältnis zu den Zöllen für Guß- und Walzisen sowie der andern Halbfabrikate stehen, indem sie unter Berücksichtigung des bei der Verarbeitung sich ergebenden Abfalls in vielen Fällen nicht einmal die Zölle für die Rohstoffe decken und auf die Kosten, die durch die sociale Gesetzgebung auf den Löhnen ruhen, keine Rücksicht genommen ist. Der Verein spricht daher die Erwartung aus, daß diesen Verhältnissen vor endgültiger Festsetzung des Tarifes Rechnung getragen wird.“

Endlich weist der Verein darauf hin, daß viele Auslandsstaaten Maschinenzölle von einer außerordentlichen, häufig ein vielfaches unserer eignen Zölle betragenden Höhe erheben und daß, auf deren Herabsetzung im Interesse der deutschen Ausfuhr hinzuwirken eine wesentliche Aufgabe der Unterhändler bei den Handelsvertrags-Verhandlungen sein dürfte.

Weiter kann man die Generosität — im Fördern laun treiben. Die nothleidenden Herren Kommerzienräte fordern nicht nur eine weit stärkere Erhöhung der Maschinenzölle, als sie schon der neue Zolltarifentwurf enthält, sondern auch, die Regierung solle dahin wirken, daß die Auslandsstaaten zu Gunsten der deutschen Konkurrenz ihre Maschinenzölle herabsetzen; es fehlt nur noch, daß die Herren nebenbei eine recht ansehnliche Exportprämie fordern. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß die Maschinenzölle im neuen Tarifentwurf mehrfach um das Drei- und Vierfache höher angelegt sind, als im jetzt gültigen Zolltarif, obgleich unter diesem die deutschen Maschinenfabriken seit 1892 ihren Export nach dem Auslande von Jahr zu Jahr ausgedehnt haben, und erst im laufenden Jahre unter der Einwirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise sich ein gewisser Rückschlag bemerkbar macht.

Der Hinweis auf die billigen Materialpreise der amerikanischen Maschinenindustrie beruht auf nichts; denn die Thatsache, daß in Vereinigten Staaten die Doppelcentner Kohlen durchschnittlich um etwa 50 oder 55 Pf. billiger steht, als im Rheinland und in Westfalen, kommt bei der Art des amerikanischen Maschinenexports nach Deutschland, der zum weitaus größten Teil aus komplizierten landwirtschaftlichen Maschinen, feinen Werkzeugmaschinen, Schreibmaschinen, Sechsmaschinen, Nähmaschinen, Fahrrädern etc. besteht, kaum in Betracht. Die etwas größere Billigkeit der amerikanischen Kohle- und Holzstoffe fällt bei solchen Maschinen kaum ins Gewicht und wird durch die höheren Transportkosten überdehnt auszugleichen. In Wirklichkeit stellen sich denn auch die amerikanischen Maschinen keineswegs billiger, als ähnliche deutsche Fabrikate, sondern vielfach teurer; wenn das Publikum trotzdem die ersten vorzieht, liegt das an der feineren Konstruktion, der größeren Präzision und Leistungsfähigkeit der amerikanischen Maschinen, die ihrerseits wieder zum großen Teil darin ihren Grund hat, daß in Amerika die Maschinenbau-Anstalten sich meist auf die Fabrikation einzelner bestimmter Spezialitäten beschränken.

Kollerhöfungen verlangen hier völlig; sie würden nur den Nachteil haben, einer Reihe von deutschen Industriezweigen die von ihnen gebrauchten Maschinen zu verteuern, sie von der Anschaffung neuer Konstruktionen zurückzuhalten und andererseits der Maschinenfabrikation selbst den Ansporn nehmen, sich die amerikanischen Erfindungen und Fabrikationsweisen anzueignen. —

Die China-Medaille ist durch den Kaiser dem Jaren, dem Präzidenten Kubot sowie den übrigen Souveränen der am chinesischen Feldzuge beteiligten Mächte überreicht worden.

Der Vorgang scheint zu zeigen, daß der Kaiser über den Verlauf und den Ausgang der Chinafahrt noch durchaus Befriedigung empfindet, denn andernfalls würde er kaum eifrig bemüht sein, die Erinnerung an diese Fahrt durch reichliche Verteilung der China-Medaille zu erhalten. —

Wie in China geplündert wurde.

erzählen jetzt mit großem Behagen die — erugiersten Ahabblätter. Sie, die bisher die Blätter, die die Chinafahrten des Hunnentums bezichtigten, der dreifachen Verleumdung anlagten, können mit einem Mal selbst nicht Material genug für die Hunnentum der Ahabmächte zusammenbringen. Und das hat alles die mysteriöse Herkunft der Berliner Sternwarte gethan!

So lesen wir zum Beispiel in den „Berliner Neuesten Nachrichten“:

Gegenüber der tendenziösen Aufbausung der Sache aber und besonders gegenüber den Versuchen, uns ein angeblich besseres Verhalten des Auslandes als Muster hinzustellen, möchten wir doch auf einige Thatsachen aufmerksam machen, die jetzt Pariser und Wiener Blätter berichten. Es wurde seiner Zeit als recht lobenswert bezeichnet, daß die französische Regierung 40 Kisten in Marzelle angelommene chinesische Kriegsbeute zurückzuführen befohlen. Es scheinen jedoch immerhin noch recht wertvolle Sachen in Frankreich geblieben zu sein. Die Leitung des Armee-Museums in Paris richtet seit einigen Wochen mehrere neue Säle her; unter den dort aufzustellenden Gegenständen ist ein prächtiges Feld der Kaiserin von China.

Ferner finden wir in einem großen Wiener Blatt unter der Überschrift „Kriegsbeute aus China“ einen Bericht aus Pola, in welchem es heißt: Die aus den chinesischen Gewässern zurückgeführten Kriegsschiffe sind mit der Ausladung der von ihnen mitgebrachten, vielfach sehr interessanten Objekte beschickt. Darunter befinden sich eine Anzahl Kanonen, Fahnen, Feuerwaffen. Verschiedene interessante chinesische Kunstgegenstände, welche sich gleichfalls an Bord der Schiffe befinden, sollen in Museo zu Pola untergebracht werden. Auf dem Kriegsschiffe „Kaiserin Elisabeth“ befinden sich auch zwei kostbare Bronzefiguren mit reichen künstlerischen Verzierungen.“

So verdienstlich diese Beiträge zum Kapitel des Hunnentums der Kreuzfahrer an und für sich auch sind, so vermögen wir doch nicht abzugehen, inwiefern das Kruppblatt diese Plünderungen der andern Mächte für die Verleumdung der Amerigen der Berliner Sternwarte fruchtbar machen will. Daß Delinquenten vor Gericht den Denunzianten ihrer Spießgesellen spielen, ist ja keine seltene Erscheinung, aber daß das Gericht ihnen aus diesem Grunde mildernde Umstände zubilligt, ist uns nicht bekannt.

Rache. Das Bureau Dalziel teilt mit, daß Nachrichten aus dem südlichen Stillen Ocean zufolge die Insel St. Mathias von dem deutschen Kreuzer „Cormoran“ bombardiert wurde, wobei 56 Eingeborene getötet worden sind. Die Einwohner der Insel hatten den jungen deutschen Gelehrten Bruno Ronde, der dort letzte Frühjahr Forschungen anstellte, ermordet.

Sechshundfünfzig für einen — das ist jedenfalls eine ausdruckreiche Sühne. Es fragt sich freilich, wie viel unschuldige sich unter den 56 zur Strecke Gebrachten befinden haben mögen, oder prächtiger noch, wie viel Schuldige. Dem erfahrungsgemäß treibt in solchen Fällen die Schuldigen das schlechte Gewissen

in unzugängliche Dichte, während die im Gefühl ihrer Unschuld Zurückgebliebenen die Rache trifft. Gleichviel — ein Exempel muß statuiert werden. —

Börsenschwindler und ...! Die „Breslauer Zig.“ meldet: Im Konkursnachlaß des als Selbstmörder gestorbenen Direktors Schostag von der Meberei Vereinigter Schiffer wurden Schmuckstücke gefunden, die Ähnlichkeit mit den Juwelen besaßen, die der am 6. November 1894 hier von unbekanntem Händen ermordeten vornehmen Halbweltstame Elise Groß, genannt Goldelise, gehörten. In ihren Verehrern gehörte auch Schostag. —

Mit einer argen Bräutigamerei gegen harmlose Bürger beschäftigte sich am Montag das Kriegsgesicht der 11. Division zu Breslau. Angeklagt waren 5 Musketiere vom 10. Infanterie-Regiment in Schweidnitz wegen vorsätzlicher, gefährlicher Körperverletzung von Zivilisten unter rechtswidrigem Gebrauch der Waffe. Die Angeklagten hatten sich entgegen einem Befehl vom Lebningsplatz Landsdorf entfernt und sich nach einem benachbarten Dorf begeben. Dort betranken sie sich und fingen im Zivilisten Streit an, lauerten dann abends diesen mit gezogenen Seitengewehren auf. Zwei ganz Unbeteiligte wurden ergriffen und von den Soldaten barbarisch geschlagen und an Kopf und Armen verletzt. Die tapferen Krieger wurden jeder zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Unter „Kameraden“. Man schreibt uns aus Offenbach a. M.: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gab es in der hiesigen Kaserne des 108. Infanterie-Regiments einen blutigen Erguß. Der seit dem 1. Oktober als Einjährig-Freiwilliger eingetretene jüdische Kaufmann Gabriel war seit seiner Einleitung der Gegenwart der mannißhaften Hänseleien von seinen „alten Leuten“, die schließlich in der Androhung gipfelten, daß an G. in Kürze das „Schäpfl“ vorgenommen werden sollte. Als daher in der erwähnten Nacht die Musketiere Wolf und Mehl in die Stube drangen, in der G. schlief, glaubte letzterer, daß nimmere die angebrochten militärischen Härlichkeiten ausgeführt werden sollten und er sich mit einem zur Abwehr bereitgehaltenen Messer derart um sich, daß er den Wolf schwer und den Mehl leichter verletzte. Das Ende war, daß die Verletzten in das Lazarett überführt werden mußten. Ueber die speziellen Einzelheiten schweigt man sich noch aus. —

Unwesen der „Aufsichtsräte“. Zu dem Artikel in der vierten Beilage unserer Nummer 222 „Etwas über das Unwesen der Aufsichtsräte“ fordert das Oberbergamt in Dortmund auf Grund des Preßgesetzes eine Verichtigung, zu deren Aufnahme wir, da sie den Anforderungen des Preßgesetzes nicht entspricht, nicht verpflichtet sind, deren Inhalt wir demnach mitteilen. Es wurde in unserem Artikel unter dem Finanznotabeln im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die sich dem mühevollen Berufe vielfachen Aufsichtsratsmännern unterziehen, auch einige Herren aufgezählt, die als Angehörige der Vergebearbeitung bezeichnet waren. Die Verichtigung erklärt nun, daß unmittelbaren Staatsbeamten durch Gesetz verboten sei, Aufsichtsratsposten zu bekleiden und daß die bezeichneten Vergebearbeiter aus dem Staatsdienste ausgeschieden seien; auch der Geh. Bergrat Dr. Schulz zu Bochum gehöre als Direktor der Bochumer Bergschule nicht mehr zu den unmittelbaren Staatsbeamten.

An dem gesamten Inhalt des Artikels, an der Charakteristik des Aufsichtsratsunwesens wird durch die Mitteilung des Oberbergamtes nichts geändert und nichts gemildert. —

Ausland.

Der Tod des Emirs von Afghanistan.

Abdur-Nahman, der regierende Emir von Afghanistan, ist am vergangenen Donnerstag morgens 8 Uhr nach kurzer Krankheit gestorben.

Abdur-Nahman war im Jahre 1845 als Sohn des Affal Chan geboren, der sich im Jahre 1866 gegen den Emir Scher Ali erhob und diesen verdrängte. Nach dem Tode Affals mußte Abdur-Nahman aus Afghanistan flüchten und begab sich zu den Russen nach Samarkand, wo er mit offenen Armen aufgenommen wurde. Im Jahre 1878 griff Scher Ali mit England in Streit, starb jedoch noch vor Ausgang des Krieges und sein Sohn Jalub Chan schloß ohne weiteren wesentlichen Widerstand Frieden. Allerdings gegen den Willen seiner Großen, wie die am 3. September 1879, also nach dem Friedensschluß erfolgte Ermordung der englischen Friedensgesandtschaft in Kabul bewies. Lord Roberts rückte in Eilmärschen aus neue in Afghanistan ein und schlug die Afghanen in mehreren Gefechten. Jalub Chan hatte sich zwar den Engländern sofort angeschlossen, wurde von diesen aber doch nicht mehr als ganz zuverlässig angesehen und demgemäß nach Indien verbannt. An seine Stelle wurde in Einverständnis mit Rußland Abdur-Nahman berufen. Mit Hilfe russischen Geldes und englischer Truppen vermochte er sich unter den aufständischen Häuptlingen zunächst einen größeren Anhang zu verschaffen, es dauerte aber doch zwei Jahre, bis er sich gegen seinen Haupttribalen Ghab Chan, den Bruder Jalub Chans, die Oberherrschaft sichern konnte.

Seine Stellung zwischen Rußland und England war von Anfang an nicht bedeutend, gleichwohl hat er sehr gut verstanden, sich mit beiden abzufinden, ohne einen vor den Kopf zu stoßen. Allerdings wollte diese Kunst gelernt sein und Lehrgeld mußte Abdur-Nahman auch zunächst wiederholt zahlen. So bei den Streitigkeiten mit Rußland (1885), in deren Verlauf er trotz britischer Unterstützung sich Rußlands Wünschen fügen mußte. In gleicher Weise verlor er 1892 Bamie, dafür schloß er aber mit England einen Vertrag, der von geheimen, für Abdur-Nahman günstigen Klauseln abgesehen, ihm zur Erweiterung seines Gebietes die Distrikte von Wadon am Hindukusch und ganz Kaschmir überließ. Außerdem erhielt er von der indischen Regierung eine jährliche Rente von 8464 1/2 Mar.

Abdur-Nahman hinterläßt fünf Kinder: Habib Allah, Kasr Allah, Kath Allah, Mohammed Inar und einen dreijährigen Knaben, von denen der älteste Habib Allah Chan Thronerbe ist. Ueber den Letzgenannten weiß man, davon abgesehen, daß seine Erziehung in englischen Händen gelegen hat, zu wenig, als daß man schon jetzt ein Urteil darüber abgeben könnte, auf welcher Seite er sich stellen wird oder was sonst von ihm zu erwarten ist.

Afghanistan ist 558 000 Quadratkilometer groß und hat etwa fünf Millionen Einwohner, von denen aber nur die Hälfte aus Afghanen besteht. Das Heer ist europäisch ausgebildet, jeder achte Mann der Bevölkerung ist wehrpflichtig. Zur Zeit besteht das Heer aus etwa 40 000 Mann Infanterie, 7000 Mann Kavallerie und 300 Geschützen. Die Kriegsmacht beträgt 10 000 Mann reguläres Militär und ebensoviel Irreguläre, wovon etwa 30 000 auf Meiterei entfallen.

Die Nachricht vom Tode des Emirs hat in London, namentlich auch an der Börse, eine gedrückte Stimmung hervorgerufen. Man befürchtet, daß ein Streit um die Thronfolge entstehen könnte, dessen Konsequenzen sich bei der Rivalität Rußlands und Englands nicht absehen ließen. Man empfindet die Situation um so unangenehmer, als man in Sibirien derartig engagiert ist, daß man zur Entfaltung energischer militärischer Operationen in Asien außer Stande ist. Die Presse, die den Ernst der Lage durchaus nicht verkenn, rät deshalb, eventuelle diplomatische Geschick den Mangel des militärischen Prestiges auszugleichen. Die „Times“ drücken die Hoffnung aus, daß der, von dem verstorbenen Emir von Afghanistan in seiner von ihm vor einiger Zeit verfaßten Lebensgeschichte, ausgesprochene Arawohn gegen Rußland völlig unbegründet sei, und fügen hinzu: „Unser Blick ist klar. Wir haben Afghanistan unsere Hilfe im Falle eines Angriffs zugesagt und wenn wir dem rechtmäßigen Thronerben prompte Unterstützung gewähren, so ist dies der beste Weg, um die Verwicklung zu Angriff und Intrigue fernzuhalten.“ Das Wort bezeichnet es als ein Glück, daß Lord Curzon an der Spitze der indischen Regierung jetzt steht, denn er besitze eine ausnahmsweise Kenntnis von Afghanistan.

Der „Daily Telegraph“ erwähnt die Regierung dagegen, sich jeder Beeinflussung der Afghanen bei der Ernennung des

Nachfolger von Abdul-Nahman zu enthalten, ihre Wahl anzuerkennen und die Unabhängigkeit von Afghanistan aufrecht zu erhalten, womit Großbritannien sich dessen Freundschaft erhalte. Das Blatt befürchtet, daß sonst die russischen Agenten im Lande sich mit den afghanischen Verschwörern vereinigen könnten, um kriegerische Unruhen in Mittelasien anzufachen. Die „Daily News“ sagen, die ernste Situation erfordere die weiseste und feinste Diplomatie. Was Afghanistan und Großbritannien zu fürchten haben, sei eine Wiederholung der Wirren, wie solche dem Tode von Dost Mahomed im Jahre 1863 folgten, mit der Möglichkeit, ja vielleicht mit der Gewissheit einer russischen Intervention. Der „Daily Chronicle“ bemerkt, Großbritannien sei durch die Verwicklungen in Süd-Asien in der Behandlung der Situation behindert, hat aber in Lord Curzon, dem Vizekönig von Indien, das Vertrauen, daß er die Krisis mit Geschick handhaben werde. Das Blatt ersucht die Regierung, den status quo in Afghanistan als ein Bollwerk gegen den ununterbrochenen hinterlistigen Vormarsch Russlands aufrecht zu erhalten.

Wenn Russlands Finanzen nicht so total zerrüttet wären, wäre in der That die Gefahr, daß Russland Afghanistan anmelteerte, außerordentlich groß. Gering ist freilich auch so die Gefahr nicht, daß Russland in Afghanistan Unruhe und Verwirrung anzuzetteln sucht.

Oestreich-Ungarn.

Wahlunruhen. Anlässlich der Wahlen kam es in Fiume gestern zu heftigen Kundgebungen, so daß die Polizei eingreifen mußte. Es wurden 124 Personen verhaftet, jedoch von diesen 47 sofort wieder freigelassen. Ein Polizeibeamter wurde schwer verletzt. Das Militär blieb die ganze Nacht konfigniert, doch kamen keine weiteren Unruhestörungen vor.

Das Budget für 1902. Ministerpräsident von Körber hat bereits das Budget pro 1902 dem Kaiser zur Genehmigung unterbreitet. Dasselbe soll einen Ueberschuß von 600 000 Kronen aufweisen. Der Finanzminister wird sein Exposé bereits in den ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses halten.

Amerika.

Amerikanischer Sieg in der Nicaragua-Kanalfrage. Dem „Daily Chronicle“ wird aus Washington gemeldet:

Die englische und die amerikanische Regierung haben sich über die Bedingungen des neuen Vertrages betreffend den mittelamerikanischen Kanal geeinigt. Danach tritt der Clayton-Bulwer-Vertrag außer Kraft und Amerika erhält das alleinige Recht, den Kanal zu bauen. Der Kanal soll der Schifffahrt aller Nationen zu gleichen Bedingungen offen stehen, aber nur zu Friedenszeiten neutral sein, daß Amerika allein dessen Neutralität garantieren und die Befugnis haben soll, in Kriegszeiten alle zum Schutze seiner Interessen nötigen Schritte zu thun. Präsident Roosevelt wird für baldige Genehmigung des Vertrages durch den Senat wirken.

Diese Fassung des Vertrages bedeutet einen vollen Sieg Amerikas nach dem zweijährigen diplomatischen Krieg über den Kanal zwischen der Union und England. England, das durch den Clayton-Bulwer-Vertrag noch das Recht eingeräumt erhalten hatte, sich an dem Bau des Kanals beteiligen zu dürfen, hatte nach dem spanisch-amerikanischen Kriege auf dies Recht verzichtet und lediglich auf der Bedingung bestanden, daß die Vereinigten Staaten an der Wasserstraße keine Befestigungen anlegen dürften. Der Senat verwarf jedoch diese Einschränkung und die Verhandlungen mit England begannen von neuem, bis dann England auch auf diese Klausel verzichtete und Amerika durch den neuen Vertrag auch das Recht der Befestigung des Kanals einräumte. Englands Schwächung durch den Boerenkrieg ist zweifellos auch schuld an dieser Niederlage Englands, die einen neuen Triumph des amerikanischen Imperialismus bedeutet.

Der Boeren-Krieg.

Kitchener über die Lage.

Lord Kitchener telegraphiert vom Montag: Die Operationen an der Grenze von Natal haben etwas an Bedeutung verloren. Die dort im Felde stehenden britischen Heereskräfte und die an andern Stellen verwendeten Truppen haben in der vergangenen Woche 50 Boeren getötet, 29 verwundet und 244 gefangen genommen. 60 Boeren haben sich ergeben. Am 6. d. Mts. waren General Kitcheners Truppen 15 Meilen nordöstlich von Vredheid im Kampf mit dem Heinde, der nach Norden auszuweichen suchte. In den Anhalage-Bergen hatte General Hamilton mit den Boeren zu kämpfen. Die Generale Featherstonehaugh und Methuen haben sich gegen Delarey und Kemp gewandt, deren Kommandos sich nach ihrem Angriff auf das Lager des Obersten Kewitch zerstreut haben. Kewitch ist von seinen Wunden wiederhergestellt und übernimmt heute wieder sein Kommando.

Die englischen Verluste.

Seit dem 20. Oktober 1899, dem Tage des Beginnes des Krieges in Südafrika, der mit dem Kampf bei Glendlaagte eröffnet wurde, betragen die gesamten Verluste nach einer Mitteilung des Kriegsamtes, bis zum 20. September d. J. 75 562 Mann, von denen 837 Offiziere und 17 876 Mann in den Gefechten gefallen resp. ihren Wunden erlegen sind.

Während des Monats September wurde die Effektstärke des Heeres in Südafrika um 98 Offiziere und 2710 Mann reduziert, wovon 24 Offiziere und 883 Mann getötet wurden oder an Krankheiten starben. Diese Verluste waren um 500 höher, als die während des August. Es geht aus dem Bericht für September nicht klar hervor, ob die Verluste Kewitch in dem Gefecht mit Delarey darin eingeschlossen sind.

Getreidespekulationen.

Vor kurzem erschien in der „Deutschen Tageszeitung“ die sensationelle Mitteilung, daß seitens einer hiesigen großen Getreidefirma Manipulationen im Gange sind, die einen künstlichen Preisdruck ausüben sollten. Ueber die Einzelheiten gab das Blatt folgende Darstellung:

„Eine neue Aktion, ähnlich der berühmten und elend verkrachten Waiffe-Operation von Cohn u. Rosenberg unseligen Andenkens treibt gegenwärtig an der Berliner Produktenbörse ihre Blüten und erregt die Entrüstung der soliden Händler des Platzes. Zwei Firmen, eine Berliner und eine Hamburger, haben große Mengen Weizen — ungefähr 20 000 Doppel Weizen und 15 000—18 000 Tonnen Roggen — vom Auslande herbeigeschafft und bringen es hier zur Ankündigung für Oktober. Die Abnehmer werden von den beiden Spekulationsfirmen gezwungen, die für kontraktlich befindene Ware möglichst sofort abzunehmen, indem sie erklären, daß die Speicher und Lageräume anderweitig vermietet seien. Zugleich mieten sie alle Lageräume, die sie irgend bekommen können, und nötigen so die Käufer, die das gekaufte Getreide nicht unterbringen können, die Ware schleunigst auf den Markt zu werfen. Dies ist der Hauptgrund des schärfen, schier unaufhaltbaren Rückganges der Weizen- und Roggenpreise. Also genau dasselbe Manöver der Cohn u. Rosenberg, das ist interessantes Material für die Börsenreform und für den Herrn Handelsminister.“

Die Angelegenheit hat viel Staub aufgewirbelt und wurde von der Gegenseite sofort bestritten. Aus dem für und Wider in der Angelegenheit ist nicht recht zu ermitteln, ob die „Deutsche Tageszeitung“ gegen die kleinen Reformen, die den Börsenleuten vom Handelsminister zugesandt sind, Stimmung machen wollte, oder aber ob man auf der andern Seite das Vorkommnis abzuschwächen verlorcht in der entgegengesetzten Absicht, die Stimmung oben nicht zu verderben. Wir sind weder für die eine noch die andre Seite engagiert. Vom Standpunkt der Konsumenten sind niedere Getreidepreise kein Unglück, dennoch können wir Manipulationen, wie sie die

„Deutsche Tageszeitung“ schildert, nicht gut heißen, denn nicht immer geht die Spekulation auf niedere, sondern sehr oft auch umgekehrt auf hohe Preise hinaus, und schließlich soll im Handel und Verkehr nicht der Vertrag Trumpf sein. Soviel scheint nun sicher, daß wenn diese Spekulationen der beiden Firmen stattgefunden haben, sie nicht die einzige Erklärung für den niederen Preisstand des Getreides in Deutschland abgeben können; es haben andre Faktoren mitgewirkt.

Zunächst ist die irrtümliche Einschätzung der deutschen Ernte-Aussichten, die im Frühjahr gegeben wurde, der Anlaß zu großen Lieferverträgen an das Ausland gewesen. Es ist dabei von der Handelspresse frohlockend darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaftslammern, die doch die Interessen der Landwirtschaft wahrnehmen sollen, dazu beigetragen haben, die Anbaufläche für Weizen und Roggen viel zu niedrig anzugeben. Natürlich mußte die falsche Angabe auf dem Markt eine Verwirrung hervorrufen. Die Händler rechneten auf eine starke Deckung des inländischen Bedarfs vom Ausland und schloffen große Lieferverträge mit Amerika ab. Jetzt stellt sich heraus, daß unsere Ernte viel ertragreicher ist, als angenommen wurde, die Anbauflächen des erstorenen Wintergetreides sind vielfach mit Sommergetreide bestellt — ein Umstand, der von der amtlichen Statistik erst in Berechnung gezogen wurde, als die Kaufabschlüsse im Ausland schon perfekt geworden waren. Die nun hereinkommenden Getreidemengen, noch mehr aber die Lieferverträge, die abgeschlossen sind, drücken nun auf den Markt und bringen die Preislage abwärts. So haben wir in Deutschland gegenwärtig Preise, die zu dem Londoner Markt als überaus niedrig bezeichnet werden müssen. Dabei ist die Lagerung des Getreides gegenwärtig mit besondern Schwierigkeiten verknüpft.

Die Getreidemengen, die auf dem Speicher liegen, sind für den Händler totes Kapital. Er versucht deshalb, diese Waren zu beliehen, das geschieht natürlich nur bis zu einer gewissen Grenze und diese ist bei dem allgemeinen Mißtrauen auf dem Geldmarkt ziemlich tief gestellt. Der Händler bemüht sich deshalb, sein Getreide möglichst abzustoen, um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, und muß durch Preisnachlass den Markt aufnahmefähiger machen. Der Schwund der Meereis-Gesellschaft mit ihren gefälligen Kommissen hat auch die Beleihung von Schiffsladungen, wie sie im Getreidehandel vielfach üblich ist, erschwert und die Banken zurückhaltender gemacht. Alle diese Umstände drängen zu einem schnelleren Umsatz des Getreides und bei den vorhandenen Mengen ist so der Tiefstand des Preises erklärlich. Ob, wie auf der andern Seite behauptet wird, in diesem Fall auch die Aufhebung des Terminhandels einen großen Teil der Schuld trägt, erscheint mehr als fraglich.

Es wäre nun nicht ausgeschlossen, daß die beiden Getreidefirmen durch die von der „Deutschen Tageszeitung“ geschilderte Manipulation die Lage verschlimmert haben; so ganz unbelaunt sind solche Tricks nicht, auch sind uns die Getreidespekulationen nicht als so ungeschuldsvolle Lämmer bekannt, wie sie die Börsenpresse hinstellen beliebt.

Nun hat der Verein der Berliner Getreide- und Produktionshändler den Vorwurf gegen die beiden Spekulationsfirmen untersucht und sein Urteil abgegeben. Wir vermischen in seiner Veröffentlichung eine klare Darstellung oder Widerlegung der Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“. Das scheint uns viel wichtiger, als die Erklärung der Marktlage, weil, wenn die Angaben der Agrarpresse unrichtig sind, ihr Vorwurf in sich zusammenfällt. Der Verein der Getreide- und Produktionshändler geht aber über den Fall mit folgender Bemerkung hinweg:

„Was nun die Beschuldigung betrifft, daß hier durch künstlich erzeugte Knappheit von Bodeneräumen die Situation in unsonstiger Weise erschwert sei, so beruht auch dies nicht auf Thatsachen. Die Berliner Speicherräume sind allerdings knapp. Die früheren besonders begehrten Alimiepeicher, der alte königliche Badhof sind eingegangen, der Schiller-Speicher in der Holzmarktstraße und das Norddeutsche Lagerhaus nur partiell dem Getreidehandel zur Verfügung stehen. Von den wenig noch übrig gebliebenen Speichern hat der große Niedeck-Speicher seit dem 1. Oktober leider ebenfalls seine Pforten geschlossen, und so steht Berlin einen Vorratssraum nach dem andern fallen, ohne den so durchaus notwendigen Central-Speicher zu erhalten. Angesichts dieser Sachlage ist es somit schwer, hier für die in flauen Zeiten andrängende Ware Lageräume zu erhalten. Unter solchen Umständen wollte ein hiesiger Lieferer, der seinen Bodenraum für einige schon unterwegs befindliche Rähne brauchte, die Forderung stellen, etwa 1000 Tonnen Weizen vom Boden herunterzunehmen. Da es hier üblich ist, daß das angegebene Getreide als zur tendgültigen Verwendung auf dem ursprünglichen Raum verbleibt, so hat sich der Vorstand ins Mittel gelegt; es wurde die Angelegenheit schon vor der erfolgten Übernahme zur vollkommenen Zufriedenheit aller Teile erledigt.“

Damit können wir uns nicht begnügen, daß die Angelegenheit für den Verein der Getreide- und Produktionshändler zur Zufriedenheit erledigt sei; es fragt sich wie sie erledigt ist, damit man selbst einmal nachprüfen kann, wie weit die Beschuldigungen zu recht bestanden. Der Auffklärung bedurfte, ob die beiden Firmen über ihren Bedarf Speicherräume mieteten und ob sie in illohaler Weise einer andern Firma dieselben vorenthielten. Aus der Rechtfertigungsschrift des Vereins der Getreide- und Produktionshändler läßt sich vermuten, daß es erst von irgend einer Seite eines Druckes bedurfte, um die Firmen zum Nachgeben zu zwingen.

Wie dem auch sei, schließlich läßt sich der Vorgang im Sinne der Agrarier nicht gegen den Terminhandel ausmengen, noch kann er die einzige Ursache des Preisrückganges sein; dazu bedurfte es einer größeren Aktion, um auf dem gesamten Inlandsmarkt den Preis zu drücken. Daß aber solche Aktionen zu einem größeren Einfluß auf der Börse auszuwirken können, ist klar. Dabei ist nur zu berücksichtigen, daß auch ohne Börse, ohne Terminhandel solche Vorkommnisse möglich wären, und nicht nur das, sie wären viel umfangreicher, weil sie ganz unter Ausschluß der öffentlichen Kontrolle passieren könnten.

Es liegen hier eben Erscheinungen der kapitalistischen Welt vor, und in der Sucht nach Gewinn scheuen die Spekulanten nicht zurück, auch auf stummem Wege zum Ziel zu gelangen. Welchen Wust von Schmutz und gemeiner Spekulationslust hat uns nicht der Arah der Banken offenbart, wie könnte man da mit Sicherheit behaupten, daß man nicht an anderer Stelle auf denselben juppigen Boden tritt?

Andererseits irrt sich die „Deutsche Tageszeitung“, wenn sie glaubt, durch Aufdeckung der Verhältnisse anderer die öffentliche Aufmerksamkeit von ihren eignen Verfündigungen ablenken zu können. Wenn an der Börse auf unrechtmäßigen Gewinn spekuliert wird, so werden deshalb die Spekulationen des agrarischen Volkswuchers nicht um das mindeste weniger gemeingefährlich.

Aus Industrie und Handel.

Der Prozeß des Roheisen-Syndikats gegen die Walzwerke. Der am Samstag vor der Kammer für Handel und Gewerbe in Siegen stattfindend, hat mit einer Vertagung bis zum 19. Oktober geendet. Bekanntlich haben die Walzwerke die ihnen durch Lieferverträge zu hohen Preisen aufgekauften Rohmaterialien des Roheisen-Syndikats nicht abgenommen, worauf das Syndikat die Walzwerke auf Abnahme der Bestellungen verklagte. Im Termin erklärte Rechtsanwalt Cohnmann-Siegen, daß er einen Schriftsatz gegen die Klage noch nicht habe einreichen können, da ihm das entsprechende Material erst vor einigen Tagen zugänglich gemacht worden sei. Der

juristische Beirat der Hütten, Herr Justizrat Wigge-Siegen, protestierte gegen eine Verschiebung der Sache und machte geltend, daß dieselbe so rasch wie möglich ihrem Ende zugeführt werden müsse, um die erregten Gemüter zu beruhigen.

Vereinigte Kammerische Werke Aktiengesellschaft in Berlin. Der Revisionsbericht der in der letzten Generalversammlung gewählten Kommission giebt der Ansicht Ausdruck, daß das Unternehmen in die gegenwärtige, mißliche Lage hauptsächlich dadurch geraten ist, daß in einem verhältnismäßig schnellen Zeitraum neue Geschäftszweige, und zwar im Vergleich zum Gesamtkapital in erheblichem Umfang aufgenommen wurden, die mit dem eigentlichen Hauptbetrieb in nur losem Zusammenhang standen. Nach Ansicht der Revisoren sind weitere Abschreibungen in Höhe von ca. 850 000 M. notwendig. Der Vorstand der Gesellschaft, Herr Kammerich, hat erklärt, daß er die vorgeschlagenen Abschreibungen nicht für gerechtfertigt erachte. Die dem Revisionsbericht beigegebene Bilanz zeigt an Waren 671 868 M., an Debitoren 706 676 M., sowie Kassa, Wechsel und Effekten im Betrage von 121 284 M. Belastet ist das Unternehmen mit Kreditoren von 754 445 M., darunter 315 000 M. Bankschulden. Die Kommission empfiehlt die Zusammenlegung der Berliner Betriebe.

Der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein konstatiert in seinem Jahresbericht eine ungünstige Geschäftslage. Der Rückgang der Konjunktur habe eine allgemeine Betriebs-Einschränkung mit sich gebracht, zunächst wurde das Dortmund-Hochofenwerk stillgelegt, während im übrigen die Betriebe ohne erhebliche Störung gearbeitet haben. Die Walzwerke konnten durch Hereinnahme größerer Auslands-Aufträge, allerdings zu wenig lohnenden Preisen, größtenteils in vollem Betrieb erhalten werden. Die Produktion hielt sich im Steinkohlen-Bergbau mit 403 333 Tonnen (i. V. 406 676 Tonnen) auf annähernd vorjähriger Höhe. Die Eisenstein-Förderung auf dem Felde Reichland ist noch nicht aufgenommen, doch seien die Vorbereitungen hierfür jetzt im Gange. Die Produktion des Hörder-Hochofenwerks erhöhte sich von 274 099 auf 279 444 Tonnen, das Dortmund-Werk stellte 34 614 Tonnen her, bis es am 28. Februar stillgelegt wurde. Auf dem Stahlwerk ist die Herstellung von 438 259 auf 364 893 Tonnen zurückgegangen, womit sie hinter der Produktion der letzten vier Jahre zurückgeblieben ist. Dasselbe gilt auch von der Walzwerk-Produktion, die sich von 374 329 Tonnen auf 301 631 Tonnen erniedrigt hat. Die Ausgaben betragen für Kohlen 3 169 104 M. (im Vorjahre 3 729 241 M.) und für Coaks 332 926 M. (454 144 M.). Die Zahl der Arbeiter, die sich im Vorjahre von 4333 auf 4866 erhöht hatte, ist nur auf 4715 zurückgegangen, der durchschnittliche Lohn pro Mann und Schicht beträgt 4,16 M. gegen 4,27 M. im Vorjahre und 4,10 M. vor zwei Jahren. Der Reingewinn betrug 3 189 162 M. gegen 4 660 501 M. im Vorjahre. An Dividende war 10 Proz., im Vorjahre 14 Proz. verteilt.

Die Schuckert-Gesellschaft in Nürnberg hat ihren Arbeitern mitgeteilt, daß weitere Entlassungen erfolgen müssen.

Amerikanische Kohle für Deutschland. Wie die „Industrie“ mitteilt, ist die erste Schiffsladung amerikanischer Anthracitkohle nach Stettin unterwegs. Die Lieferung ist für Berlin bestimmt und soll der Preis um ungefähr 2 M. die Tonne billiger stellen. Der günstige Preis konnte bei den äußerst niedrigen Frachtsätzen erzielt werden.

Ein spanisch-englischer Stahltrust soll als Gegengewicht gegen die amerikanische Gründung im Entstehen begriffen sein. Für die Gründung sind vier spanische und zwei englische Gesellschaften interessiert, das Kapital ist auf 120 Millionen Mark festgesetzt.

Partei-Nachrichten.

Der socialdemokratische Parteitag für Ostpreußen hat Sonntag, den 6. Oktober, in Tilsit in dem dortigen Lokal getagt, das sich die Genossen mit vieler Mühe und Opfern geschaffen haben, um endlich eine Stätte zu haben, an der sie ihre Angelegenheiten erledigen können. Der Besiz der Tilsiter Genossen besteht aus einem in abgelegener Straße am Remelstrom liegenden Gärtchen, in dem sich der niedrige Bau erhebt, der nur aus einem Raum besteht, in dem 200—300 Menschen Platz finden können. Am Sonntag waren Garten und Haus tüchtig heraufgeputzt. Ueber dem Hause flatterte an hoher Stange eine mächtige rote Fahne. Die Polizei scheint einzugehen, daß sie es nicht mehr hindern kann, daß auch in Ostpreußen die socialdemokratischen Banner entfaltet werden, deshalb ließ sie die weithin sichtbare Fahne unbehelligt.

Da die Bahnverbindungen in der Provinz noch immer sehr schlecht sind, waren mehrere der westlichen Wahlkreise nur schwach oder gar nicht vertreten. Dafür hatten die Kreise mit hiesiger Bevölkerung diesmal die Befriedigung, daß der Parteitag leichter und hatten das auch ausgenützt. Neben Vollblutkämpfern sah auch ein maffischer Zufmann aus dem Kreise Johannisburg.

Vertreten waren durch 35 Delegierte die folgenden zehn Kreise: Königsberg (Stadt), Königsberg (Land)-Zischhausen, Yabiau-Wehlau, Tilsit-Niederung, Remel-Gründelberg, Insterburg-Gumbinnen, Raguit-Billaiken, Tollupönen-Goldap, Friedland-Gerdauen-Rosenburg, Oletzko-End-Johannisburg, Sensburg-Orielsburg. Mit Ausnahme der Vertreter von Königsberg, Tilsit, Gumbinnen und Remel und des Gutbesizers Hofer-Groß-Elstgiren waren alle Delegierte Landarbeiter oder Handwerker vom Lande.

Nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten Haase, in dem besonders betont wurde, daß das deutsche Volk bereit sein müsse, neben dem Brotwucher auch gewisse immer deutlicher zu Tage tretende absonderliche Bestrebungen zu bekämpfen und sein Wahlrecht zu verteidigen, wurde einstimmig in einer Resolution gegen den Zolltarif der Regierung protestiert und die Abschaffung aller Zölle und indirekten Steuern auf Lebens- und Genußmittel verlangt.

Die agitatorische Tätigkeit ist nach dem Bericht des Provinz-Vertrauensmanns Vinde im verflossenen Jahre eine umfangreichere gewesen wie im Jahre vorher. Die Nachwahl in Remel-Gründelberg und die Protestbewegung gegen den Brotwucher heizten erhöhte Tätigkeit. Am intensivsten arbeiten zu können, ist in Königsberg der über 1000 Mitglieder starke socialdemokratische Verein in sechs Bezirke geteilt. Organisationen sind sonst nur in Tilsit und Remel vorhanden. Auf dem Lande konnte eine feste Organisation noch nicht geschaffen werden, weil es vollständig an Informationsräumen und vielfach auch an Leuten mit dem nötigen Geschick fehlt. Jede Art von Zusammenkunft von Parteigenossen, sei es zum Wandern oder einer Geburtstagsfeier oder zu sonst einem Zweck, wird als Versammlung angesehen und hat Verhaftungen zur Folge. Versammlungen, die in Privatwohnungen stattfinden sollen, werden ausnahmslos aus „banpolizeilichen“ Gründen verboten. Zusammenkünfte von Angehörigen der religiösen Sekten werden in ganz eben solchen Räumen ruhig geduldet. In den kleinen Landstädten geht es mit der Bewegung weniger vorwärts wie auf dem Lande selbst, weil dort weniger Leute offen für die Partei wirken, da sie geschäftliche Nachteile fürchten. Als ein ausgezeichnetes Agitationsmittel bewährt sich nach wie vor unsere Landarbeiter-Zeitung „Ostpreussischer Landbote“. An 800 Adressen wird das Blatt monatlich zweimal geschickt. In diesen Verbreitern des Blattes hat die Partei in fast allen Kreisen einen festen Stamm von Leuten, auf die Verlaß ist. Mit ihrer Hilfe wurden glatt 40 000 Agitationskalender verbreitet und durch sie sind in wenigen Wochen auf unsren Petitionsbogen gegen die Zollserhöhung 11 000 bis 12 000 Unterschriften von Landarbeitern gesammelt. Unterzeichnet sind die Voten auch von vielen Kleinbauern; in einigen Fällen haben sämtliche erwachsenen Einwohner des Ortes unterzeichnet. Der Agitationskalender ist in diesem Jahre zum ersten Male nicht beschlagnahmt. Trotzdem sind allerlei Mittel angewendet, um den Leuten die Kalender wieder abzunehmen. Um uns entgegen zu arbeiten, werden neben einem Wochenblatt, dem oftgenannten „Volkstreu“, jetzt auch Kalender mit teilweise bedrückender Unterfütterung verteilt, die ganz im Stile der hiesigen Flugblätter gehalten sind. Der schließliche Erfolg aller Bemühungen der Behörden und der Gegner ist, daß die uns noch fernstehenden Leute

auf die Sozialdemokratie aufmerksam gemacht werden. Daß sich unsere Anhänger nicht durch Redensarten einschüchtern lassen, das ging aus dem zum Teil recht drastischen Ausfällungen der Delegierten hervor. Alle Redner fügten an die Mitteilung von allerlei Drangsalierungen die Versicherung, daß in Zukunft nur noch eifriger gearbeitet werden wird.

Aus dem Bericht über die Presse ist hervorzuheben, daß im Gegensatz zu früheren Jahren nicht von Gefängnisstrafen Mitteilung gemacht zu werden brauchte. Das Königsberger Blatt kam im letzten Jahre mit 40 M. Geldstrafe davon; der „Landbote“ erhielt als erste Strafe seit seinem Bestehen 100 M. Geldstrafe. Von der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen ist ein besonderer Pressedienst eingerichtet, der darin besteht, Landwirte, über die in den beiden Blättern etwas geschrieben ist, zur Stellung von Strafanträgen oder Einreichung von Verurteilungen zu veranlassen. Der „Landbote“ wird daher von 20 000 Menschen gelesen, da die einzelnen Exemplare auf den Gütern und in den Dörfern weiter gegeben werden.

Für sehr wünschenswert wurde es von den Delegierten aus Mitteln und Maßnahmen bezeichnet, daß Blätter und Kalender in ihrer Sprache herausgegeben werden. Der Ausführung stehen aber, wie betont wurde, große Schwierigkeiten entgegen, erstens wegen der hohen Kosten, zweitens weil es schwer halten wird, die absolute Gewißheit zu erlangen, daß die Uebersetzung durchaus korrekt erfolgt. In Bezug auf den „Landboten“ wurde beschlossen, die Verteilung in Königsberg möge in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand für die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Ausgabe Sorge tragen. Ferner wurde dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß ab und zu ein tüchtiger Redner aus dem Westen nach Ostpreußen geschickt werden möge. Der nächste Parteitag wird wieder in Königsberg stattfinden.

Als nach 6 1/2 stündiger Verhandlung die Beratungen zu Ende waren und die Delegierten einen Buss der Arbeiter-Parteilisten langen, sorgte der überwachende Polizei-Inspektor für einen vernünftigen Abschluß. Er verbot das Singen, weil die Versammlung kein Gesangsverein sei. Wenn ein Mann singe, habe er nichts dagegen. Genosse Naase ließ dem Beamten in humorvoller Weise, zum größten Vergnügen besonders der Landleute, eine Belehrung darüber zu teil werden, daß keine Meinung vorhanden sei, noch singend weitere Erörterungen vorzunehmen, daß er sich um das Singen nicht zu kümmern habe und daß etwaigen Ueberschritten ganz energisch entgegengetreten werde.

Der Volkzorn gegen den Brotwucher kommt zu wüthigem Ausdruck durch die zahlreichen Unterschriften, die unsere Petition namentlich in den ärmeren Bezirken des Reiches findet, wo die Verdüsterung ohnehin am Hungertuche nagt und der Arbeiterhaushalt durch jeden Pfennig Umbelastung irritiert wird. Den mehrfachen Mitteilungen über solche allgemeine Empörung ganzer Einwohnerchaften können wir heute eine neue hinzufügen. In den in der Provinz Pommern gelegenen Dörfern Niederbachau, Oberbachau, Wielau, Müllin, St. Niklas und Rosenthal fand unsere Petition rund 3 1/2 Tausend Unterschriften. Das bedeutet, daß ein Viertel der Einwohnerchaft unterschrieben hat.

Bei der Nachwahl zum hessischen Landtag, die am Dienstag stattfand, kam, wie uns ein Privattelegramm aus Dehmold meldet, unser Genosse Domscheit in die Stichwahl mit dem freisinnigen Kandidaten Wischmann. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil der Landtag die Wahl des Nationalsozialen Reumann-Hofer für ungültig erklärt hatte. Ob wir Aussicht haben, das Mandat zu erlangen, vermögen wir nicht zu beurteilen, da uns noch nähere Nachrichten fehlen.

Gemeindevahlen in Hessen. In Griesheim wurden 5 sozialdemokratische Kandidaten und 2 Gegner gewählt, während in Wiesbaden unter 6 Gewählten zum erstenmal ein Sozialdemokrat in das Gemeindevollkollegium eintritt.

Die Parteigenossen des Regierungsbezirks Merseburg, die am Sonntag in einer Konferenz in Salze zusammengekommen waren, nahmen eine Resolution an, worin die Gründung von sozialdemokratischen Vereinen als für die Weiterentwicklung der Partei im Bezirke dringend notwendig empfunden wird.

Zur Förderung unseres Einflusses in den Gemeindeverwaltungen soll eine Gemeindevertreter-Konferenz dienen, deren baldige Einberufung der Agitationskommission aufgetragen wurde.

Als Reichstagskandidat für die Nachwahl im 2. nassauischen Wahlkreis (Wiesbaden) wurde von einer Kreisversammlung, die am Sonntag in Biebrich tagte, Genosse Quard wieder einstimmig proklamiert.

Arbeitersekretariate. Zu der Liste der gestern mitgeteilten Arbeitersekretariate wird uns aus Wolgast in Pommern geschrieben, daß auch dort ein Arbeitersekretariat errichtet worden ist, das sich Kronwiesstr. 4 befindet.

Aus der Frauenbewegung.

Die bürgerlichen Frauen gegen das Vereinsgesetz.

Die Anwendung des Vereinsgesetzes auf dem Kongreß der fortschrittlichen Frauenvereine, wodurch dessen Tagung im Reichstagsgebäude unmöglich gemacht und eine weitere Sitzung wegen mangelhafter Anmeldung verhindert wurde, hat unter den Anhängerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung heftige Erregung hervorgerufen. Was die Arbeiter und Arbeiterinnen längst gewöhnt sind, war ihnen neu. Diese ihren aufsteigenden Kenntnisnahme einiger Schönheiten unseres Vereins- und Versammlungs-„Arts“ hat die Damen unterstützt und zur Einberufung einer Protest-Versammlung veranlaßt, welche am Montag in der Berliner Ressource tagte. Saal und Galerien waren überfüllt, die Frauen aus dem Wärgertum in der Mehrheit. Präulein Dr. jur. Kugspurg referierte. Sie kündigte an, daß man sich über das Vorgehen der Polizei, worin sie eine Ueberschreitung der Amtsgewalt erblickt, beim Ober-Präsidenten beschweren und eventuell im Verwaltungs-Streitverfahren klagen werde. Das Verlangen der preussischen Polizei, die Verhandlungen eines im Reichstagsgebäude tagenden Kongresses auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes durch uniformierte Beamte überwachen zu lassen, (durch Polizeibeamte in Zivilkleidung sind die Verhandlungen der Damen im Reichstagsgebäude schon früher überwacht worden), sei schon deshalb unzulässig, weil das Reichstagsgebäude dem Reiche überantwortet sei und damit aus dem preussischen Staatsgebiete ausgeschlossen wäre. Und im Reichstagsgebäude über Bureau direktor Knack als Vertreter des Reichs die Reichspolizei aus, derselbe Herr, dessen Liebenswürdigkeit man die Vergünstigung, im Reichstagsgebäude zu tagen, zum wiederholten Male zu verdanken hatte. Sie bestrafte Herrn von Windheim (der als Urheber jener Verfügung ermittelt sei) aber auch das materielle Recht, in die meisten der Sitzungen des Kongresses Polizeibeamte zu senden, denn es habe sich, abgesehen von der Dienstbotenfrage, nicht um öffentliche Angelegenheiten gehandelt. Auch die Verhandlung über die politische Erziehung der Frau habe heutzutage nur die Bedeutung einer akademischen Auseinandersetzung, ebenso dies ein Vortrag über Krankenkaswesen nur der Belehrung. Rednerin stellte ohne jede Begründung die Behauptung auf, daß die Sozialistin Clara Zetkin in der „Gleichheit“ den Frauenkongreß denunciiert und so Herrn v. Windheim aus dem Gleichgewicht gebracht habe. (Hieraus wird ja Genossin Zetkin selbst die entsprechende Antwort geben. A. d. W.) Was Präulein Kugspurg noch allgemein über Polizeiwirtschaft und Polizeigeist sagte, war zum Teil recht treffend. Eigentümlich nach jedoch von den scharfen Worten der Kritik der unerbittlich angesprochenen Wunsch ab, die Polizei sollte coulant sein, wie sie ja schon häufigzulassung gezeigt habe. Der Vortrag klang dann aber aus in einem energischen Kampfruf gegen alle das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkenden Landesgesetze, insbesondere gegen das preussische Vereinsgesetz. Vom Reichstagsgebäude der Reichsbürger ein Gesetz verlangen, dessen einziger Paragraph lautet: „Sämtliche Gesetze der einzelnen Bundesstaaten über das Vereins- und Versammlungsrecht sind aufgehoben.“ (Stürmischer, minutenlanges Verfall.)

Reichstags-Abgeordneter Justizrat Träger, der einer Einladung gefolgt war, betonte nach einer Sympathieerklärung, daß es ja eine Forderung der fortschrittlicheren Frau sei, nicht galant, sondern nach gleichem Recht behandelt zu werden. Dies gleiche Recht mit den Männern sei ihnen jetzt eigentlich vollständig geworden. (Heiterkeit. Lebhaftes Händeklatschen.) Redner verbreitete sich dann über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, kennzeichnete dieses als ein reaktionäres Polizeigesetz, dessen Anwendung wie die jedes Polizeigesetzes vom Ermessen der Polizei abhängt, und stellte in Aussicht, daß seine Freunde bei passender Gelegenheit im Reichstagsgebäude gegen die Landes-Vereinsgesetze Stellung nehmen würden. (Großer Beifall.) Die Auslegung des Begriffs „öffentliche Angelegenheiten“ durch die Referentin werde von den Beiräten wohl nicht geteilt werden. Redner stimmt Präulein Kugspurg darin bei, daß der Schutz des Reichstagsgebäudes gegen die preussische Polizei sich auch auf die erstreckt, die mit Genehmigung des zuständigen Beamten darin tagen.

Reichstags-Abgeordneter Rektor Kopsch (ebenfalls eingeladen) sprach von einem Schrei der Entrüstung, der ob des Vorgehens des Berliner Polizeipräsidenten überall in Deutschland ertönt sei, und fuhr noch eine Weile fort, in dieser Weise mit schönem Pathos den fortschrittlichen Frauen seine Anteilnahme zu bekunden. Aus seinen Ausführungen sprach, wie aus denen der Vorredner, ein kräftiger Polizeihass.

Herr v. Gerlach, der dritte eingeladene Redner, gab Erklärungen der Nationalsozialen mit dem Vereinsgesetz zum besten und hob hervor, daß die proletarische Frauenbewegung schon längst das Vereinsgesetz nach dem „freien Ermessen“ der Polizei zu kosten bekommen habe. Mit Genugthuung müßte es die bürgerliche Frauenbewegung erfüllen, wenn die Polizei sage, sie wolle das Gesetz so scharf, als jemals gegen die Proletarierinnen, auch gegen sie anwenden. Die bürgerlichen Frauen könnten aus dem Vorgehen der Polizei erfahren, daß sie ein gut Stück vorwärts geschritten seien. Und mit Freunden sei es zu begrüßen, daß infolge des Verhaltens der Polizei der Gedanke in den bürgerlichen Frauen wach werde, den die Proletarierinnen schon lange vertreten: Fort mit unserem Vereinsgesetz! (Lebhaftes Zustimmung.)

Von einer Diskussion wurde durch Beschluß der Versammlung Abstand genommen, um den guten Eindruck nicht abzuschwächen. Gegen zwei männliche Stimmen wurde darauf eine scharfe Protestresolution gegen das Vorgehen der Polizei angenommen, worin die reichsrechtliche Regelung des Vereinsrechts in der Weise gefordert wird, daß einfach alle landesrechtlichen Vorschriften über Vereins- und Versammlungsweisen aufgehoben werden.

Das Frauenstimmrecht in Belgien.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der Allgemeine Rat der sozialdemokratischen Partei vereinigte sich am Sonntag, um die Frage des Frauenstimmrechts zu besprechen, das zu fordern von einigen Parteigenossen augenblicklich nicht für opportun gehalten wird.

Die Sache steht so: Kämpfen wir für das allgemeine Stimmrecht für Männer und Frauen, so machen die andern demokratischen (bürger-) Parteien nicht mit, und wir laufen Gefahr weder das eine noch das andre zu bekommen.

Sehen nun die Alternativen die Unmöglichkeit, unsere Bewegung zu widerstehen, und führen Sie mit uns das Frauen-Stimmrecht ein, so sind wir auch sicher, noch ein Viertel Jahrhundert unsere liberale konservative Regierung zu behalten.

Verzichten wir momentan auf das Frauen-Stimmrecht — ohne es aus unserem Programm zu entfernen —, so unterstützen wir die demokratischen Bürgerparteien und wir sind sicher, das allgemeine, nicht-plurale Stimmrecht zu erhalten oder zu erzwingen.

Der Bund der sozialdemokratischen Frauen hat selbst diese letzte Lösung durch Frau Vandervelde vorschlagen lassen, und ihre Tagesordnung, in diesem Sinne verfaßt, wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Berlins! Wie Euch bekannt sein wird, waren wir gezwungen, den Streik der Bauanschläger Berlins aufzuheben. Nicht allein, daß sich aus anderen Berufen eine große Zahl von Streikbrechern gefunden hat, auch ein Teil der eigenen Berufscollegen hat den Arbeitgebern in dem Kampf gegen unsere Organisation Vorkampfdienste geleistet, um denselben hierdurch endgültig zu unseren Ungunsten zu entscheiden.

Genossen! Haben wir Euch zur Zeit ersucht, uns in diesem Kampfe moralisch zu unterstützen, so sind wir jetzt leider gezwungen, auch Eure pekuniäre Unterstützung zu erbitten, um diejenigen Kollegen, welche infolge des Streiks arbeitslos geworden sind und, weil sie treu zur Sache gehalten haben, vorläufig kalt gestellt sind, über Wasser halten zu können. Unter eignen Mittel sind vollkommen erschöpft, im Interesse unserer Organisation liegt es aber, daß wir diese Kollegen, welche sich als unsere Kerntuppen bewährt haben, vor noch größerer wirtschaftlicher Schädigung bewahren.

Genossen! Wenn wir diesen Appell an Euch richten, so wissen wir, derselbe wird nicht ungehört verhallen. Hinweisen möchten wir noch darauf, daß schnelle Hilfe nötig ist. Ferner appellieren wir an Euch, stellt immer wieder an jeden arbeitenden Anschläger die Frage, ob er eine von uns ausgestellte Arbeitsberechtigungskarte hat; ist dies der Fall, so achtet darauf, daß in dieser Karte bis Sonnabend, den 5. Oktober, der 36. Tag mit einer 50 Pfennig-Marke geliebt resp. abgestempelt sein muß.

Alle Sendungen bitten wir zu richten an Aug. Krämann, Vorsitzenden der Lohnkommission, Grenadierstr. 33 bei Buxte, oder an die Gewerkschaftskommission, Engel-lifer 15.

Die Lohnkommission der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Deutsches Reich.

Ein Central-Verband der kirchlicher Deutschlands ist auf dem Kongreß der kirchlicher, Juristen und Mägenmacher, der am Sonntag und Montag in Leipzig tagte, gegründet worden. Der Kongreß war besucht von 18 Delegierten aus Hamburg, Weihenfeld, Salsleben, Rötha, Markranstädt, Berlin, Leipzig und Lindenau. Außerdem war ein Vertreter des Centralverbandes der Schneider und als Vertreter der Generalcommission Genosse Sabath anwesend.

Für die genannten Branchen bestanden bisher eine Anzahl lokaler Organisationen, die also nimmehre in dem neugeschaffenen Centralverband aufgehen werden, dessen Gründung der Kongreß gegen zwei Stimmen beschloß. Zur Vorbereitung der Statuten wurde eine Kommission eingesetzt. Als internationales Fachorgan soll die in Weissenhof erscheinende Zeitung „Der kirchlicher“ vorbehalten werden. Ferner beschloß der Kongreß, daß das in Hamburg bestehende internationale Sekretariat der kirchlicher neben dem Verbände bestehen bleibe, und daß es von den Lokalverwaltungen zu unterstützen sei.

Achtung, Steinarbeiter! Bei der Firma H. K. Klotz in Lössau (Granitfabrik) wurde im Laufe der vergangenen Woche sämtlichen Arbeitern eine Lohnreduktion angeordnet. Die Firma „begehrdet“ ihre Maßnahme damit, sie sei unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr im Stande, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Es ist für die gesamte schwarze schwedische Grabsteinbranche Deutschlands, besonders aber für die Lausitz, von außerordentlicher Bedeutung, daß diese Lohnreduktion abgewehrt wird, weshalb Arbeitsangebote nach Lössau zu vermeiden sind.

Der Centralverein deutscher Schuhmacher soll durchaus eine Versicherungskasse sein. Diese Ansicht vertritt wenigstens die Staatsanwaltschaft in Magdeburg, welche Berufung eingelegt hat gegen das Urteil des dortigen Schöffengerichts, wodurch die Magdeburger Zahlstelle der genannten Gewerkschaft nicht als Versicherungskasse angesehen ist.

Ausland.

Der Glasarbeiter-Ausstand in Dänemark ist nun durch Verhandlungen einer gemeinsamen Kommission beigelegt worden. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft auch in solchen Fällen die vierzehntägige Kündigungsfrist im Inland oder Ausland eine Arbeitsniederlegung oder Auspöcherung beabsichtigt wird.

Die Pariser Konfektionärskörner streifen um den 8. Okt. und tags. Vor Jahresfrist hatten die Unternehmer bereits diese Forderung bewilligen müssen; sobald die flaute Zeit kam, führten sie aber die neunstündige Arbeitszeit wieder ein. Jetzt wird jeder Unternehmer im einzelnen durch Unterchrift verpflichtet, für die nächsten 5 Jahre die achtstündige Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. Da es sich hier um Qualitätsarbeiter handelt — in Betracht kommen nur etliche hundert Mann, von denen manche bis zu 12 M. pro Tag verdienen — so ist ein Sieg sicher. In der That hat ein großer Teil der Meister bereits bewilligt.

Zum Lütticher Kohlenarbeiterstreik wird heute aus Brüssel gemeldet: Heute vormittag besahe sich der Generalrat der sozialistischen Arbeiter mit dem Grubenarbeiter-Ausstand. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an alle Grubenarbeiter Belgiens zu richten, worin dieselben ersucht werden, die Ausländischen des Lütticher Bezirks moralisch und durch Geld zu unterstützen. Der Vorschlag des allgemeinen Ausstandes wurde verworfen. Ferner wurde beschlossen, eine Versammlung von Delegierten des Generalrates und des Grubenarbeiter-Syndikats des Lütticher Bezirks einzuberufen. Der Abgeordnete Anseels, welcher ein Gegner des allgemeinen Ausstandes ist, erklärte sich zur Uebernahme der Vermittlerrolle bereit und wurde ihm dieses Amt übertragen. In der heute abend stattfindenden zweiten Sitzung wird der Wortlaut des Aufrufs an die Bergarbeiter Belgiens festgesetzt werden.

Die Berliner Parteigenossen

Besprachen gestern abend in gut besuchten Versammlungen die Ergebnisse der Verhandlungen des Parteitag, nachdem die Berichtserstattung über die Konferenz für die Provinz Brandenburg vorausgegangen war und die Vertrauensleute sowie die Mitglieder der Lokal-, Press- und Agitationskommission über ihre Tätigkeit Rechenschaft abgelegt hatten.

Im Nachfolgenden bringen wir vorläufig kurze Berichte über die Parteiversammlungen:

Die Parteigenossen des ersten Kreises, die in den „Arminhallen“ tagten, wählten nach erfolgter Berichtserstattung G. Opper und G. Weinacht als Vertrauensmänner. In die Prekmission wurden Hr. Zellentreff und Kalliste, in die Lokalkommission Lucht und Schmoll und in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg W. Manasse delegiert. In Revisoren wurde die Genossen Woldt, Strelow und Fischer wiedergewählt.

In der Parteiversammlung für den zweiten Wahlkreis, die unter Vorsitz von Wolderath stattfand, wurden die bisherigen Vertrauensleute Scholz und Schmidt und die bisherigen Mitglieder der Prekmission Fülle und Adorich einstimmig wiedergewählt; ebenso einstimmig in die Lokalkommission News und Palinske. An den Bericht über den Lübecker Parteitag, den Fülle erstattete, schloß sich eine angeregte Diskussion an, der sich Meyer, Hensel, Fischer, Scholz, Frisch, Stadthagen, Auerz. beteiligten und die erst nach Mitternacht ihren Abschluß fand.

Die Versammlung des dritten Wahlkreises, die in der Berliner Ressource tagte, war nur schwach besucht. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: zum Vertrauensmann wurde Hoch gewählt, in die Prekmission Albold und Wähle, in die Lokalkommission Ging und Schulz, in die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg Dimmid, zu Revisoren Pof, Schmidt und Tschernig. Eine lebhaft Debatt lief der Bericht der Delegierten vom Lübecker Parteitag hervor. Albold, der sich mit dem Ergebnis desselben nicht einverstanden erklärte, beantragte zwei Resolutionen. Die eine fordert die Genossen des dritten Kreises auf, von der Ablesefertigung von Geldern an die Parteikasse so lange Abstand zu nehmen, bis die von Gerlich in seinem Massenbericht erwähnten, aber nicht mit Namen aufgeführten 13 Wahlkreise ihren Verpflichtungen der Partei gegenüber nachgekommen sind. Die zweite wendet sich gegen die Resolution Weissen in der Angelegenheit der Accordmaurer. Beide wurden abgelehnt.

Die zahlreich besuchte Versammlung für den 4. Wahlkreis wählte als Vertrauensleute für den Osten die Genossen Franke und Paul Schneider und für den Südosten die Genossen Emil Vogt und H. Hadelbusch. In die Prekmission wurden delegiert die Genossen Wächner (Osten) und R. H. Weisse (Südosten). In Lokalkommissions-Mitgliedern bestimmte man für den Osten die Genossen Blume und Otto Galle, für den Südosten die Genossen Sedler, Bär und Hauschild. Die Genossen Wasewitz (Osten) und Jähnel (Südosten) wurden in die Brandenburger Agitationskommission gewählt. Revisoren wurden die Genossen Kunert, Randal, Oskar Zimmermann und Varenthin (Osten), sowie Erbe, Berlin und Hermann Vogt (Südosten). — Der Berichtserstattung über den Parteitag folgte eine Debatte, in der die meisten Redner sich mit dem Ergebnis des Parteitags einverstanden erklärten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand fast einstimmig Annahme.

Im sechsten Wahlkreise wurden die Wahlen sowie die Berichte der Vertrauensleute und Kommissionen von der Tagesordnung abgesetzt und nur die Berichte von der Brandenburger Provinzialkonferenz und vom Lübecker Parteitag entgegengenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Memel, 8. Oktober. (B. G.) Auf dem Gute Warupönen bei Willstallen wurde ein zweijähriges Kind von einem achtjährigen Mädchen glücklich verkrüppelt. Die eine Hand wurde ihm vom Handgelenk rund umschnitten, während die andre Hand total abgetrennt wurde.

Wilhelmshaven, 8. Oktober. (B. G.) Die 10 000 M. enthaltende Schiffsflotte des Torpedobootes „D 2“, welche Ende August auf unaußersichtliche Weise verschwand, ist heute morgen auf dem Torpedo-Exerzierplatz verstreut wiedergefunden worden. Es fehlten nur wenige Part.

Oldenburg, 8. Oktober. (B. Z. A.) Bei einer in offener Seeboot auf der Weser unternommenen Fahrt von Hammelwarden nach Rönnebeck verunglückten die Insassen, der Schiffsbaumeister Schierloh, dessen Sohn und der Schiffszimmermann Schwereck, durch Kentern des Bootes und ertranken.

Grobus, 8. Oktober. (B. Z. A.) Im Dorfe Stornpy im Bezirk Bselostof sind 126 Gebäude und die ganze Ernte durch eine Feuersbrunst vernichtet worden.

Petrosawodsk, 8. Oktober. (B. Z. A.) Gestern brach im Wirtschaftsgebäude der heiligen Brantwein-Niederlage Feuer aus, welches mit Ausnahme des Gebäudes der Niederlage und der Spiritusabteilung alles zerstörte.

Kommunales.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat folgenden dringlichen Antrag eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um Auskunft darüber zu erlöhen, ob es wahr ist, daß der Magistratskommissar für die Orts- und Betriebs-Krankenkassen den Herrn Polizeipräsidenten um Vollstreckung einer zehntägigen Haftstrafe, deren Vollstreckung rechtswidrig sein soll, gegen das Vorstandsmitglied der Reuen Maschinenbauer-Krankenkasse, den Dreher Herrn Gries, ersucht hat.

Der zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Nichterhebung der zweiten Steuerstufe eingeschickte Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung den Antrag des Magistrats mit einer Stimme Majorität angenommen.

Lokales.

Zum 6. November.

Die Nachklänge vom Parteitag sind in den gestrigen Versammlungen verhallt. Die Wahn ist frei, frei zu neuem Schaffen. Denn bereits harret der Parteigenossen und Genossinnen in der Agitation für die heute über vier Wochen, am 6. November, erfolgenden Stadtverordneten-Wahlen ein wohlbedachtes und sorgfältiges Ziel zu erreichen, die Gemüter innerhalb der Sozialdemokratie oft im leidenschaftlichen Wortstreit beschäftigt hat, heißt es nunmehr, unter den indifferenten Massen der Berliner Einwohnerschaft zu wirken, in jenen Kreisen, welche die lähmende Sorge ums liebe Brot noch nicht zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit einer politischen Organisation des Proletariats hat kommen lassen. Diese Kreise, Arbeiter wie Kleinbürger, sollen ausgerüstet werden, um die durch das Dreiklassen-Wahlrecht spärlich bemessenen und doch so überaus wichtigen Rechte der Beteiligung am kommunalen Leben wahrzunehmen. Schwer und leicht ist hier die Arbeit, die unser harter, schwerer insofern, als die Indifferenz der Massen, die leidige Trägheit sich gerade bei den Stadtverordneten-Wahlen immer noch am festesten behauptet. Leicht aber ist uns die Agitation durch unsre Segner, durch den im roten Hause herrschenden Kommunalradikalismus gemacht. Wenn irgendwie das Wort Geltung hat, daß unsre Feinde für uns schaffen, so im kommunalen Leben der Reichshauptstadt, wo die Großmollatun-Reinatur des Feindes jedem, dem noch nicht ganz der Sinn für festes Rückgrat verloren gegangen ist, das Blut ins Gesicht treiben muß. Hundertfältig hat jene Gesellschaft, die weder Fleisch noch Fisch ist, bewiesen, daß sie sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen fühlt. Zu ängstlich um seine Privilegien, um seinen Geldsack besorgt, als daß er durch eine weitschauende kommunale Sozialpolitik sich das Vertrauen und die Unterstützung der breiten Massen des Volkes zu erwerben trachtete; zu geistlich, zu skeptisch wiederum, um an dem frömmelnd-feudalen Soliduspotus, wie er in hohen Regionen ernsthaft beliebt wird, Gefallen zu finden, stößt der Berliner Liberalismus überall an und bleibt, dank seinem ängstlichen Väterchen, doch der Achtung bar, die auch der ernsthafte, konsequente Segner fordern darf.

Zu frisch ist noch das klägliche Verhalten der Stadtverordneten-Mehrheit vom letzten Donnerstag her in Erinnerung, als daß seiner hier abermals gedacht zu werden braucht. In langer Reihe schließen sich die byzantinischen Sünden aus früheren Tagen den Verschlingungen in der letzten Sitzung an. Das Verhalten der Regierung in der Angelegenheit des Denkmals für die Märzkämpfer wird damit beantwortet, daß die Stadt hunderttausend Mark zum Empfang des in privater Angelegenheit beim preussischen Hofe erschienenen Kaisers von Oestreich hergibt; das Schreiben des Oberhofmeisters von Nirbach findet gewissermaßen darin seine Erledigung, daß ein wertvoller Streifen des Schloßplatzes zur Ausschmückung des Königsloffes unentgeltlich abgetreten wird. Und so liegen sich bis zur Centenariesfeier und zu den Tagen des Jordanbedens zurück die servilen Redereien weiter aufzählen, von denen der Freisinn aller Zeichen der Waghastung zum Trotz nicht abließ. Dem unwürdigen Verhältnis zum Hohn, in das der Freisinn durch eigene Schuld hineingeraten ist, steht als Pendant gegenüber seine offensichtliche Unlust zu jeder Reform auf kommunalpolitischem Gebiet. In seiner Steuerpolitik, in seinem Verhalten zur Straßenbahn-Gesellschaft, in der in Berlin besonders brennenden Wohnungsfrage, in den Mängeln des Schulwesens, in den Krankenkassenfragen, bei der Kohlennot und sonst bei zahllosen Gelegenheiten hat der Freisinn der Reichshauptstadt sich den Ruf zu verschaffen gewußt, daß er weit entfernt, auf dem Boden sozialer Kommunalpolitik bahnbrechend vorzugehen, auch die bescheidensten Forderungen der ärmere Bevölkerungsschichten mißachtet.

Ueber dieses freisinnige Parteiregiment hat die Wählerschaft der dritten Klasse am 6. November zu Gericht zu sitzen. Sache unsrer Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß das Urteil an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lasse.

Vom Milchkrieg.

Die Leiter der agrarischen Milchzentrale müssen mit den feilschenden Mitteln verfahren, die wachsende Loslösung der eigenen Genossen zu hemmen. Dazu sollen offenbar die in der „Deutschen Tageszeitung“ täglich publizierten Siegesmeldungen dienen. Während nun die weniger erfahrene dauerliche Gefolgschaft der „Deutschen Tageszeitung“ noch eher Glauben zu schenken geneigt ist, haben verschiedene größere Untersucher durch Reisen nach Berlin mit eigenen Augen festgestellt können, was es mit dem angeblich „reisenden Abgang“ der Ringmilch auf den Bahnhöfen und in den Verkaufsgeschäften der Milchzentrale auf sich hat. Daraufhin wurden die Herren mit dem Hinweis beruhigt, daß der riesige Verkauf eben in der Nacht und „hinten herum“ von der Ringmolkerei aus erfolge. Die ständige Kontrolle der vereinigten Milchhändler-Verbände und der Molkerei Wosse ergibt aber die überraschende Tatsache, daß die „Ringmolkerei“ an die Milchzentrale tatsächlich längst nicht mehr das vertragliche Quantum von 100 000 Litern täglich nach Berlin einsenden, vielmehr auch hier schon den größten Teil entweder direkt an die Milchhändler liefern oder mangels Kannen einfach weggelassen müssen. Es gingen nämlich an die Milchzentrale überhaupt nur noch ein: Am 4. Oktober 40 000 Liter, am 5. Oktober 41 500 Liter, am 6. Oktober 40 000 Liter. Davon wurden abgesetzt am 4. Oktober etwa 8000 Liter, am 5. Oktober 8000 Liter, am 6. Oktober 7000 Liter. Die Kellerräume der Ringmolkerei in der Schildingstraße sind seit zwei Tagen nicht mehr in der Lage, die neuen überständigen Milchvorräte aufzunehmen.

Was nun speziell die in der „Nacht“ Ringmilch beziehenden Kunden der Milchzentrale anlangt, so ergeben die übereinstimmenden Berichte der Controlleure, daß dies lediglich seitens eines Wäckermeisters und durch 21 hiesige Molkereibesitzer geschehen ist und geschieht, die die Ringmilch bei ihren Kunden als frisches Molkereiprodukt absetzen wollen. Diese Fälschung wird hierbei teilweise in einer sehr originellen und dreuligen Weise dadurch unterföhrt, daß die betreffenden Molkereibesitzer die von ihnen gefommene Ringmilch künstlich andärmen, damit sie so die Temperatur der frisch gemolkeneu warmen Kuhmilch bekommt.

Der Milchkrieg wird auch die Staatsanwaltschaft und Gerichte in nächster Zeit beschäftigen, da seitens der Milchhändler und -Pächter in zahlreichen Fällen Klagen erhoben worden sind oder noch erhoben werden. Eine größte Zahl von Produzenten, welche sich vertraglich verpflichtet hatten, ihre Milch vom 1. Oktober ab nach Berlin zu liefern, sind dem nicht nachgekommen, sondern haben, angeblich gezwungen durch Mitglieder der Centrale, die Milch in anderer Weise verwertet. Gegen die Betroffenen wird auf Erfüllung des Vertrages, sowie auf Schadenersatz geklagt. Eine Kollektivklage der Milchhändler Berlins ist gegen den Oberanwaltschaftsrat, sowie gegen die Leitung der Milchzentrale anhängig gemacht worden. Es handelt sich hierbei um die bekannte Veröffentlichung über die angeblichen Milchfälschungen durch die Händler Berlins, welche auf dem Gerichtsweg den Beweis der Unrichtigkeit jener Angaben erbringen wollen.

Ans den Kreisen der Milchhändler geht uns übrigens die Klage zu, daß das rote Plakat „Ringfreie Milch“ von den Milchhändler-Bereinen nur denjenigen Händlern überlassen wird, die einen Pachtvertrag zu den von den Vereinen festgesetzten Bedingungen vorweisen können, nicht auch denjenigen, die die ringfreie Milch erst aus zweiter Hand von einem Händler beziehen. Vielleicht läßt sich ein Modus finden, der es ermöglicht, diesem Uebelstand abzuwehren.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 10. Oktober d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbeforderten Gemeindebeamten, sowie Ausschusses für Petitionen. — Vorlage, betreffend Mietung und Ausbau des Stadtbahnhofs 184 in der Georgenfirchstraße für die Zweite der Straßenreinigung. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Vollendung und Aufstellung der von der städtischen Kunstdeputation zur Ausschmückung des Friedrichshains bestimmten Märchenbrunnen. — Bericht-erstattung über die Vorlage, betreffend die Abtretung von Vorgartenland vor dem Gasbehältergrundstück an der Augsburgerstraße an die Stadtgemeinde Charlottenburg. — Vorlagen, betreffend den Jahresabschluss der städtischen Werke für die Kassenverwaltung und den Gesamt-Jahresabschluss dieser Kasse für das Jahr 1900. — das Vermächtnis des verstorbenen Herrn Jakob Blaut für Diensthöten. — Bericht-erstattung, betreffend die Wahl eines Bürgerdeputierten in die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Riefelfelder, sowie eines Taxators für die Pferde-Aushebungs-Kommission IV. — Außerdem finden in dieser Sitzung, und zwar von 6 Uhr ab, folgende Wahlen statt: 1. Wahl eines Stadtschulrats, 2. Wahl eines unbeforderten Stadtrats an Stelle des Herrn Ball auf die Zeit bis Ende d. J., 3. Wahl von 7 unbeforderten Stadträten für die Stellen der Herren Fischel, Hübler, Marggraf, Dr. Münsterberg, Dr. Straßmann und Strauwe, deren Wahlzeit mit Ende d. J. abläuft.

Leipzigstraße und Linden. Nachdem die Polizeibehörde, wie wir bereits mitteilten, Anhängewagen im Straßenbahnverkehr in der Leipzigstraße zugelassen und diese Erlaubnis nunmehr für alle Linien erteilt hat, sind außer den bereits von uns genannten Strecken Frankfurter Allee-Schöneberg und Königsbergerstraße-Wilmersdorf auch die Linien Schleißer Bahnhof-Charlottenburg (Amiagericht) und Treptow-Großgörschenstraße mit Anhängewagen ausgerüstet worden. Durch Polizeibeamte sind Beobachtungen des Verkehrs in der Leipzigstraße, speziell am Potsdamer Platz, vorgenommen worden, um festzustellen, ob aus der Benutzung von Anhängewagen größere Verkehrsverwicklungen entstehen. Eine derartige Verwicklung erwies sich jedoch als hinfällig.

Dies neue Denkmal behördlichen Entgegenkommens, mit dem hier eine Privatgesellschaft begünstigt wird, steht merkwürdig gegen die Haltung der Behörde in Sachen der städtischen Straßenbahnen. Durch die vom Menschenervühl wimmelnde Leipzigstraße dürfen Anhängewagen fahren, über die auch nicht entfernt so stark belebten Linden darf nicht einmal eine einzige Linde der städtischen Straßenbahn hinweggeführt werden.

Zur Angelegenheit des Straßenhandels. Ueber den Empfang beim Oberbürgermeister und beim Polizeipräsidenten wird die aus fünf Mitgliedern zusammengesetzte Kommission in einer Donnerstagabend 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung Bericht erstatten. Das Referat hat Genosse Jubeil übernommen.

Ein Preis von 12 000 M. wird vom Deutschen Tierzucht-Verein ausgesetzt für die Konstruktion eines allgemein betrieblichen Fötungsapparates für Schlachtvieh. Anmeldungen zur Preisbewerbung sollen schriftlich mit Angabe der Preise der Apparate bis 31. Dezember d. J. bei der Prüfungskommission erfolgen.

Reiche Beute fanden Einbrecher in der Nacht zum Montag bei dem Goldschmied Wittus in der Passage Unter den Linden, Laden Nr. 41. Sie müssen mit großer Vorsicht zu Werke gegangen sein, um nicht übersehen zu werden. Die Passage wird nachts an beiden Enden durch ziemlich hohe Eisentore verschlossen gehalten. Außerdem sorgen zwei Wächter für ihre Sicherheit. Dennoch gelang den Spitzhunden ihr Versteck. Nachdem sie ein Thor entweder überstiegen oder mit einem Schlüssel geöffnet hatten, saßen sie sich an dem Laden von Wittus wieder einer eisernen Sicherheitstür gegenüber. Diese bedr jedoch nicht die Luftklappe in der Ladentür. So gelang es ihnen, durch die Klappe hindurch die Ladentür zu öffnen und dann über die eisernen Tür hinweg in das Geschäft einzusteigen. Im Laden gingen sie sehr behutsam zu Werke, um nicht durch ein Geräusch die Aufmerksamkeit der Wächter, die auf ihren Gängen ab und zu vorbeikommen mußten, zu erregen. Daher richteten sie auch keine große Verwirrung an, sondern ließen alles, was sie nicht mitnahmen, so weit als möglich auf seinem Platze liegen. Zur Auswahl ließen sie sich Zeit. So entwendeten sie nur die besten goldenen, silbernen und andre Schmucksachen im Werte von rund 9000 M. Auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, verschwand sie ungedeckt und ungeschrien. Der Bestohlene hat auf die Ergreifung der Diebe und die Wiederherbeschaffung des gestohlenen Gutes eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Seine Familie. Die Ankunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur schreibt uns: „Der frühere Werdebahnschaffner Heinrich B. schied unter Verlegung von Zeugnisaburteilen zahllose Cittdriefe aus, in denen er seine Not in beweglichen Worten schildert. Er nimmt Bezug auf seinen Sensationsprozess mit einem Pastor S., durch den er Stellung und Habe verloren, sagt über unverschämte Arbeitslosigkeit und bittet um Unterstützung unter Hinweis auf seine fünf Kinder ohne Mutter, die noch alle unverjährt sind“. B. ist wegen der gegen den Pastor S. verübten Erpressung mit 9 Monaten, wegen eines an seiner eigenen Tochter begangenen Stillsitzverbrechens mit anderthalb Jahren Zuchthaus bestraft. Seine Kinder stehen im Alter von 20-18 Jahren, drei Töchter wohnen mit ihm zusammen, treiben großen Kleidererwerb, ihr ständiger Ruf ist der denkbar schlechteste. B. lebt nur vom Ertrage des Bettelbrotverdienens, ist auch als gewerdmächtiger Bettler an den verschiedensten Stellen bekannt geworden. Die Privatwohlfähigkeit kann nur auf das Dringendste vor der Unterstützung dieses Menschen gewarnt werden.“

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 7. d. Mts. ist ein Raubet, Stod- und Schirmwäcker der königlichen Staatsanwaltschaft vorgeführt. Derselbe räumte ein, in etwa 10 Fällen derartige Diebstähle in besseren Restaurants und Wiener Cafés der Friedrichstadt ausgeführt und seine Beute an Kleiner und Angestellte von Hotels unter dem Vorgeben, er befände sich in Geldverlegenheit, verpfändet zu haben. Auf einzelne Lokale und Hotels, in denen dies geschehen,

will sich der Dieb nicht mehr entsinnen können. Die Betroffenen werden ersucht, um sich Weiterungen zu ersparen, sich in den Vormittagsstunden werktäglich zwischen 9 und 12 Uhr im königlichen Polizeipräsidium, Zimmer 97, mit dem verpfändeten Gegenstand einzufinden.

Berichtigung. In dem Artikel „Der Sport des Gesundheitsmenschen“ muß es auf Seite 2 heißen: „In den Reihen der Geburts- und Finanzaristokratie“. Es war geiegt worden: In den Augen zc.

Die Banklichkeiten der Ausstellung für Feuer- und Rettungswesen am Kurfürstendamm werden jetzt abgebrochen, nachdem die Veruche, die Bauten für eine zweite Ausstellung im nächsten Jahre zu verwenden, an der Ausschloßlosigkeit einer solchen Ausstellung gescheitert sind.

Gegen die Milch- und Fleischerzeugung gerichtet ist eine zu heute abend nach dem Lokal von Peters, Alt-Moabit 80/81, einberufene öffentliche Versammlung. Ganz besonders die Frauen sind zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

Unterrichtskurse für stotternde Schulkinder werden versuchsweise vom 10. Oktober d. J. in Berliner Gemeindefchulen eingerichtet werden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat im letzten Etat 2000 Mark zur versuchsweisen Einrichtung von Heilkursen für stotternde Schulkinder bewilligt. Die Zahl der Unterrichtskurse für stotternde Kinder beläuft sich vorläufig auf sechs, von denen fünf unter der Leitung von städtischen Lehrern und einer unter Leitung eines praktischen Arztes steht. Zwei Kurse werden im Norden eingerichtet, je einer im Osten, Süden, Südosten und Westen der Stadt Berlin. Jeder Kursus zerfällt in einen Haupt- und in einen Neben- oder Wiederholungskursus. Der Hauptkursus dauert 10 Wochen, der Neben- oder Wiederholungskursus dient durch zweimäßige Uebungen der Befestigung des Gelernten. Jeden Tag soll eine Stunde mit den stotternden Kindern geübt werden. Die Zahl der Teilnehmer für jeden Unterrichtskursus ist wie bei den Nebenklassen auf zwölf festgesetzt worden. In erster Linie kommen — mit Rücksicht auf den baldigen Austritt aus der Schule — Knaben im Alter von 12 bis 14 Jahren in Betracht, damit diese in ihrem späteren Verufe durch das leidige Uebel des Stotterns nicht behindert werden. Vorläufig werden nur Kurse für stotternde Knaben abgehalten. Später soll eine dem Bedürfnisse entsprechende Zahl von Stotterkursen — auch für Mädchen — eingerichtet werden. Die Zahl der stotternden Kinder in den Berliner Schulen beläuft sich auf ungefähr 1/3 Proz.

Zwei Feuerwehrenten verunglückten bei einem Dachstuhlbrande, der am Montagabend 9 Uhr in der Schulstraße 102 zum Ausbruch kam. Das im Dachboden des zweiten Luergebäudes entstandene Feuer verursachte anfangs eine starke Verqualmung, so daß die zahlreichen kleinen Mieter stark belästigt wurden. Als dann die Feuerwehr eine Bodentür öffnete, schlugen ihr starke Stichflammen entgegen, von denen die Feuermänner Obst und Zeppernid hart getroffen wurden. Ramentlich trug Obst im Gesicht und an den Händen so schwere Brandwunden davon, daß er nach Anlegung eines Rettungsverbandes nach der Charité gebracht werden mußte, während Zeppernid nach dem Augustahospital überführt wurde, da seine Wunden weniger gefährlich waren. Das Feuer wurde mit zwei Rohren abgelöscht und ist ein erheblicher Teil des Dachstuhls eingeschert.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumshulenweg. Das Ergebnis der gestern stattgefundenen Stichwahlen war, wie vorausgesehen, durch die Abgabe von circa 70 Stimmen seitens der Segner ein für die sozialdemokratischen Kandidaten ungünstiges.

Trotz einem Vorsprung von 45 wirklich abgegebenen Stimmen schlugen die erst am Wahllich durch Bezahlung der Stempelsteuer Gültigkeit erlangenden Petitionstimmen, welche von dem stellvertretenden Amtsvorsteher präsentiert wurden, für die Segner günstig aus; das Endergebnis ist folgendes: Gerich 249, Karow 248, Ridel 271, Weimann 270, ungültig 4 Stimmen.

Ein einzulegender Protest wird erst feststellen müssen, inwieweit ungläubige Vollmachten zu Wahlzwecken gültig sind und inwieweit die Segner durch Bezahlung der Stempelsteuer am Wahllich das Recht haben, das Wahlergebnis nach vorheriger Kalkulation umzuändern und sie nur dann erst die Steuern zahlen, wenn das Ergebnis der Wahl dadurch umzuändern ist.

Rixdorf. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß in der, heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Landner, Bergstraße 151/152, stattfindenden Generalversammlung auch die Wahl der Delegierten zu der am 27. Oktober stattfindenden Generalversammlung des Central-Wahlvereins stattfindet. Der Vorstand.

Ueber die letzte Schöneberger Stadtverordneten-Sitzung wird uns berichtet: Auf der Tagesordnung stand u. a. die Magistratsvorlage, betreffend die provisorische Pflasterung der Leipzigstraße und die Regulierung der Wälderstraße. Diese beiden schon oft erörterten Gegenstände, die wohl mit Schuld daran sind, daß die Bebauung in diesem westlichen Stadtteile so langsam fortschreitet, konnten wiederum nur teilweise erledigt werden. Im ersteren Fall wurde die Angelegenheit nochmals einem Ausschuß überwieen, da die Entschädigungen der betreffenden Besitzer Zulag und Weise, die im Fall einer definitiven Pflasterung ihre Grundstücke abtreten müßten, zu hoch seien, trotzdem Stadtverordneten-Vorsteher Müller wünschte, daß diese Arbeiten im Interesse der Arbeitslosigkeit noch in diesem Herbst vorgenommen werden sollten. Was die Verbeerung der Wälderstraße betrifft, wo die Verhandlungen mit dem Besitzer des Eckgrundstücks, Frau Bergemann, schon seit Jahren im Gange sind, so einigte sich die Versammlung endlich auf einen mit Frau Bergemann abgeschlossenen Vertrag, wonach dieser für die Abtretung eines Landstreifens und als Beihilfe zur Errichtung einer Mauer 25 200 M. gezahlt werden. Dem bereits bestehenden Ausschuß überwieen wurde der Entwurf eines Ortsstatuts für das hiesige Gewerbegericht, welcher nach dem neuen Gewerbegerichts-Gesetz ausgearbeitet und nach dem auch die Entschädigung für die Besitzer auf 6 M. vorgesehn ist. — Dem Petitionsausschuß überwieen wurde ferner die Eingabe der letzten Kommunalwähler-Versammlung, die Wahlzeit für die dritte Abteilung bis 9 Uhr abends zu verlängern, womit sich erst die nächste Sitzung zu beschäftigen haben wird. Im Interesse der Wähler dieser Abteilung wäre dringend zu wünschen, daß die städtische Körperschaft diesem Antrage zustimme.

Lichtenberg. Zur Frage der Ausgemeindung des dem Fürsten Dendel von Donnermarck gehörenden Terrains hat die Kommission, die sich mit der Vorbereitung der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, beschlossen, der Gemeindevorsteher-Sitzung am 10. d. Mts. vorzuschlagen, in die Ausgemeindung des 200 Morgen großen Terrains unter folgenden Bedingungen zu willigen: Zahlung einer Entschädigung von 500 000 M. (angeboten waren 500 000 M.); Einschluß des zweiten Teiles der Gemeinde Lichtenberg an die Berliner Kanalisation (der westliche Teil ist angegeschlossen); Uebnahme der Straßenregulierungskosten der Straße 64, der Beleuchtungskosten dieser und der Röderstraße durch Berlin; Verzicht auf die Beihilfe von 1500 M. zum Umbau der Schwarzen Brücke; Jurisdiktion der vom Pächtern gegen die Gemeinde angestrengten Prozesse wegen Zurückzahlung von 22 000 M. angeblich zu viel erhobener Pflasterkosten. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am Donnerstag stehen außerdem die Bewilligung von 100 000 M. zur Erbauung einer evangelischen Kirche, sowie der Antrag Crauer und Genossen auf Errichtung eines Gewerbegerichts und Schaffung eines Zweckverbandes

In dieser Sache mit den Gemeinden Rummelsburg, Straßau und Friedrichshofe.

Eine seltsame Geschichte meldet eine Lokalkorrespondenz aus Sieglitz. Danach wurde der 27jährige Handwerker Otto Linke, der in Berlin, Adersstr. 45, wohnte, in dem Augenblick verhaftet, als er in einem Privathause eine kirchliche Andachtsübung abhalten wollte. Er hatte sich als „Hilfsprediger Müller von der Zionstische“ mit einer Reihe von Einwohnern von Sieglitz bekannt gemacht und hatte von ihnen die Erlaubnis erhalten, in einem dortigen Privathause am Sonntagmorgen einen Gottesdienst abzuhalten. Der Besatzte, über dessen Beweggründe keinerlei Anhaltspunkte bestanden, hatte einen Kelch und Wein sowie Oblaten in einer Handtasche bei sich, da er mit den Sieglitzer Herren und Damen vereinbart hatte, ihnen das Abendmahl zu spenden. Auch eine Anzahl Gesangsbücher fand man bei ihm vor.

Gerihts-Beitung.

Der Hunger vor Gericht. Die Thatfache, daß in jetziger Zeit auch im kaufmännischen Gewerbe das Angebot von Arbeitskräften in einem argen Mangelverhältnis zum herrschenden Bedarf steht, fand eine trübende Illustration durch eine Verhandlung, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Müller stattfand. Aus der Untersuchung wurde der 30jährige Kaufmann Emil Kowarsa vorgeführt, welcher der vorläufigen Sachbescheidung angeklagt war. In dem Vorden des Kaufmanns Woyda, Königsr. 53/54, wurde am Abend des 7. September eines der großen Schaufenster im Werte von 500 M. durch einen Steinwurf von außen zertrümmert. Als Herr Woyda zur Thür hinauslief, sah er einen Mann auf der Straße stehen, der einen Stein aufgehoben und damit auch die zweite große Scheibe des Woydaischen Geschäftes zertrümmerte. Der Thäter blieb ruhig stehen, wartete bis ein Säugmann erschien und ließ sich zur Wache führen. Im Termine trug der bis dahin unbekannt gebliebene Angeklagte eine wahre Leidensgeschichte vor. Er sei längere Zeit als Buchhalter bei der Dresdner Bank angestellt gewesen, aber zum 1. Juli gekündigt worden, weil das Personalpersonal eingespart werden sollte. Obgleich er über Sprachkenntnisse verfügte und mit jeder Stellung zufrieden gewesen wäre, sei es ihm nicht möglich gewesen, Beschäftigung zu finden. Nur zwei Tage habe er ausbittungsweise bei einer Zeitung als Stenograph gearbeitet und dafür täglich 2,50 M. verdient. So seien 13 Wochen verfloßen, seine Mittel waren bis auf den letzten Pfennig veransagt, zum Versehen besah er nichts mehr. Vom Hunger gepeinigt sei er durch die Straßen gewandert. Er habe erproben, ob er zum Verbrechen greifen solle. Da sei ihm der Gedanke gekommen, ein Schaufenster einzuwerfen, dann finde er im Gefängnis ein Unterkommen. Warum er gleich zwei Scheiben eingeworfen habe, vermöge er nicht anzugeben. Der Kaufmann Woyda hat keinen erheblichen Schaden erlitten, da die Scheiben in Höhe von 1000 M. versichert waren. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aber, was bezeichnend für die Würdigung ist, die die bürgerliche Justiz dem sozialen Elend entgegenbringt, auf neun Monate Gefängnis, da einem derartigen gemeingefährlichen Vorgehen energisch entgegengetreten werden müsse. Der Verurteilte verzichtete sich bei dem Erkenntnis.

Ein Betrugsprozess, der sich auf dem Gebiete der Kautionschwinderei bewegte, beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I in längerer Verhandlung. Auf der Anklagebank befanden sich der Buchhändler Hermann Hoffmann, der Dr. phil. Joh. Adermann und der Buchhändler Alfred Reubner. Während Hoffmann und Reubner bisher unbescholten sind, blüht Dr. Adermann auf eine hohe Vergängigkeit zurück. Er ist in Cassel, Erfurt, Dresden, Leipzig und Berlin wegen Betruges verurteilt worden, darunter mit drei Jahren Gefängnis, anderthalb Jahren Zuchthaus und vier Jahren Zuchthaus. Hoffmann gründete im Jahre 1900 im Hause Oranienburgerstr. 68 ein Buchhandlungsgeschäft mit geringen Mitteln. Er vertrieb besonders die Werke, die im Verlage des Hofbuchhändlers Schall in Schöneberg erschienen. Bald darauf trat er mit dem Dr. Adermann in Verbindung, der erst als „Ober-Reisender“ angenommen wurde, sich aber bald vermöge seiner höheren Bildung und seines gewandten Auftretens zu einer Art Geschäftsteilhaber emporzuschwang. Das Geschäft ging schlecht und die Inhaber verfielen auf die unglückliche Idee, sich durch Kautionschwindereien Mittel zu verschaffen. Es wurde durch die Leitung ein launionsfähiger Expedient gesucht. Die Bewerber erhielten Aufforderung zum Erscheinen auf reichlich bedruckten Briefbogen, auf denen besonders der Vermerk Generaldebit des militärischen Monumentalwerks „Die Heere und Flotten der Gegenwart“ auffiel. Der erste Bewerber bis schon auf die angeworfene Angel an. Er sollte 1500 M. Gehalt erhalten, aber 1000 M. Kautions hinterlegen. Dieser Betrag sollte bei der Deutschen Bank auf den Namen des Angeklagten Hoffmann hinterlegt werden, zur Sicherheit des Verwebers sollte dieser aber das Hinterlegungsbuch in Händen behalten. Dieser wurde dadurch in Sicherheit gewiegt, daß die Angeklagten ihm versicherten, nur der Vorzeiger des Buches könne etwas von dem Gelde abbekommen. Kaum war die Einzahlung aber erfolgt, als Hoffmann sich durch Cheds in den Besitz des Geldes setzte. Dem ersten unglücklichen Angestellten folgten noch zwei andre, die um 1500 und 1000 M. betrogen wurden. Dann brach das auf so unsolider Grundlage ruhende Geschäft zusammen und Hoffmann wie Dr. Adermann wurden verhaftet. Der dritte Angeklagte Reubner, der zuletzt Mittelhaber des Geschäfts geworden war, beteiligte sich nur in einem Fall an dem Kautionschwindel. Das Urteil lautete gegen Hoffmann auf ein Jahr, gegen Reubner auf 3 Monate Gefängnis, gegen Dr. Adermann, der die Seele der Betrugsereien gewesen sei, auf drei Jahre Zuchthaus, 600 M. Geldstrafe und fünfjährigen Ehrverlust.

Der Prozess gegen den internationalen Juwelendieb Wink und Genossen wird am 16. d. M. die achte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen. Die Strafsache rührt zurück zunächst als „gegen Ende und Genossen“, weil der Hauptangeklagte sich anfänglich diesen Namen beigelegt hatte. Die Anklage richtet sich gegen den Wäcker Ernst Wink, den Uhrmacher Albert Paul Wolff und den Uhrmacher Franz Wollermann. Dem ersteren werden die im Monat Mai bei den Juwelieren Weimer und Hülser verübten Einbruchdiebstähle zur Last gelegt, außerdem hat er sich wegen eines thätlichen Angriffs auf einen Polizeibeamten zu verantworten, Wolff ist der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei und eines Betrugsversuchs gegen eine Versicherungs-Gesellschaft beschuldigt, Wollermann ist in untergeordnetem Maße der Begünstigung und der Hehlerei angeklagt. Wink ist nach den bisherigen Ermittlungen aufseiner Mitglied einer internationalen Einbruchbande, die es auf Goldwaren und Juwelengeschäfte abgesehen hat.

Sociales.

Die Wahlen zum Pariser Arbeiterrat, die mit dem 24. September ihren Anfang genommen haben, sind nunmehr beendet. Die Unternehmer hatten bekanntlich damit gedroht, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen. Diese Drohung ist nur zum Teil wahr gemacht worden und zwar vornehmlich in der Gruppe Baugewerbe; die Unternehmer dieser Gruppe waren es auch vor allem, welche die Agitation gegen die Arbeiterräte betrieben hatten. Es waren 462 Unternehmerinhabere eingetragen, welche bei einem Mitgliederbestande von 58 898 insgesamt 5923 Stimmen auf sich vereinigen. Davon haben sich 92 Syndikate mit einer Mitgliederzahl von 27 449, die zusammen über 2703 Stimmen verfügen, beteiligt. Von den 29 Sektionen, in welche die 5 Kammern Baugewerbe, Handel und Transport, Metallindustrie, Konfektions- und Bekleidungsindustrie, Nahrungsmittel-

Gewerbe) zerfallen, konnten 20 konstituiert werden, und von 94 zu wählenden Vertretern wurden 79 gewählt.

Die Arbeiter haben sich selbstverständlich in höherem Maße an den Wahlen beteiligt; von 118 579 wählten 81 310. Nach der Agitation, die auch in den Kreisen der Arbeiter gegen diese Institution betrieben worden war, muß diese Beteiligungsziffer als eine sehr hohe bezeichnet werden.

Verfammlungen.

Die Parteigenossen von Weikensee hielten am Montag eine Versammlung im „Brülaten“ ab, in der Reichstags-Abgeordneter Stadthagen über den Parteitag in Lübeck berichtete. Der Redner verwies darauf, daß die sogenannte Bernstein-Frage einen außerordentlich großen Raum in den Verhandlungen des Parteitages eingenommen und daß aber auch der Verkauf derselben ein recht günstiges Resultat erzielt habe. An dem guten Willen, der Partei zu dienen, habe es Bernstein, der auf eine langjährige Thätigkeit zurückblicken könne, nicht gefehlt. Er konnte sich nur so verhalten, wie er es gethan, weil er durch seinen langen Aufenthalt im Auslande in den deutschen Verhältnissen nicht genügend vertraut war. Die thätlichen politischen und wirtschaftlichen Zustände beweisen, daß die von Bernstein und seinen geistig zumeist minderbegabten Anhängern vertretene Auffassung eine irrige ist. Durch die Annahme der Resolution Nr. 100 mit einer so bedeutenden Majorität, habe der Parteitag ohne persönliche Spitze und in einer den Genossen Bernstein nicht verlegenden Form seinen Standpunkt klar gekennzeichnet und die völlige Einigkeit in den Grundanschauungen bewiesen. Sehr erfreulich sei es, daß sich Bernstein nicht hartköpfig absonderte, wie es auch einzelne Genossen glaubten, sondern die Erklärung abgab, daß er sich dem Willen des Parteitages fügen und für die Partei gemeinsam mit den übrigen Genossen arbeiten werde. Der Redner, der die persönlichen, gehässigen Auseinandersetzungen, die im Anschluß an die Bernstein-Debatte folgten, sehr bedauerte, verwies sodann darauf, daß die Gegner, die vordem fortgesetzt von einer Spaltung der Socialdemokratie orakelten und daß insbesondere die national-socialen Herrscher, nachdem sie eingesehen, daß ihr ganzes heißes Liebesmähnen umsonst gewesen, alle Ursache haben, mit dem Verkauf der Verhandlungen unzufrieden zu sein und daß man es ihnen nicht verdenken könne, wenn sie jetzt über die deutsche Kundgebung des Parteitages und die wirklich männliche Erklärung des Genossen Bernstein geizten.

Auch in der Accordmurer-Angelegenheit habe der Parteitag eine durchaus zufriedenstellende Lösung gefunden. Die Schädlichkeit der Accordarbeit, insbesondere aber im Baugewerbe sei allgemein anerkannt, andererseits müsse aber zugabunden werden, daß eine gänzliche Beseitigung derselben in der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich ist. Bei der Debatte sei die Grenze ja allerdings überschritten worden, aber auf beiden Seiten war das Bestreben vorhanden, der Sache zu nützen und im Prinzip herrschte volles Einverständnis. Jeder aufgeklärte Arbeiter ist ganz selbstverständlich verpflichtet, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen; die beiden Organisationen dürfen aber nicht so weit verquirit und eine Einmischung in die Zustigkeiten der einen von der andern Organisation unter allen Umständen vermieden werden. Es ist zu erwarten, daß die Hamburger Accordmurer, nachdem der Parteitag gesprochen und seine Meinung klar zum Ausdruck gebracht hat, daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen werden. Die nachträgliche Annahme der Bernsteinischen Resolution zu dieser Sache sei allerdings ein Fehler. Denn wenn sie wörtlich aufgefahrt werden soll, dann wäre sie überflüssig, weil sie nur eine ganz selbstverständliche Thatfache konstatiert. Sie läßt aber eine andre Anlegung zu und es ist zu befürchten, daß die Verbände den in der Resolution enthaltenen Satz von der Sonderbündelei zu ihren Gunsten auslegen und dann die Kämpfe über die Organisationsform von neuem beginnen. Diese gegenseitige Bekämpfung sei höchst bedauerlich und es wäre wünschenswert, daß Genosse Bernstein, der eine solche Anlegung selbst nicht wollte, entsprechende Erklärungen veröffentlichte. Nachdem Genosse Stadthagen über die Erledigung der weiteren Tagesordnung des Parteitages in eingehender Weise berichtet hatte, wies er noch darauf hin, daß in der gegenwärtigen Krise es erst recht notwendig ist, daß jeder Arbeiter der politischen und gewerkschaftlichen Organisation angehöre und er ersuchte die Versammelten, sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden zu erklären und in diesem Sinne für die Partei zu wirken.

In der Diskussion führte Genosse Gerstenberger an, daß die Behauptung, die Anhänger Bernsteins beständen aus geistig minderbegabten Genossen, nicht zutreffen könne, da ja die Minderheit, die auf dem Parteitag die Ansichten Bernsteins vertrat, sich fast ausschließlich aus Akademikern zusammensetzte. Es soll kein Unterschied zwischen Arbeitern und Akademikern gemacht werden, aber diese sollen es unterlassen, Verwirrung herbeizuführen und lieber praktisch mitarbeiten, um die Verhältnisse in der Praxis kennen zu lernen. Die beschlossene Resolution Nr. 110, die von der Budgetbewilligung handelt, sei nicht weitgehend genug, da es darin heißt, daß das Budget verweigert werden müsse, weil der Arbeiterstand keine Gleichberechtigung eingeräumt ist. Es müßte darin klipp und klar ausgesprochen werden, daß die Socialdemokratie dem gegenwärtigen Klassenstaat niemals die Mittel zur weiteren Aufrechterhaltung der Klassenherrschschaft bewilligen wird. Der Hinweis auf die Einzigigkeit des Wahlrechts in Sachen der Verhandlungen sei ganz unangebracht gewesen und stehe mit der Frage der Budgetbewilligung in keinem Zusammenhang. — Nachdem Genosse Schumann noch der Meinung Ausdruck gegeben, daß Stadthagen in seinem Bericht zu rosig gefärbt habe und nach einem kurzen Schlusssatz Stadthagens wurde einstimmig folgende Resolution beschloßen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und hofft, daß der Antrag 102 in der Praxis nicht mißverständlich ausgelegt und Anlaß zu Zwistigkeiten geben wird. Die Versammlung hält es gerade angesichts der schweren Krise für notwendig, daß die gewerkschaftliche und politische Organisation gestärkt wird und neue Kämpfer für die Socialdemokratie gewonnen werden.

Mit einem kräftigen Hoch auf die Socialdemokratie erfolgte hierauf der Schluß der Versammlung.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung fand am Montag bei Cohn, Deuthstraße, statt. Es wurde über den Minimaxtarif in der Schuhindustrie und dessen Durchführung verhandelt, wozu der Allgeseinige Augustus des einleitende Referat hielt. Nachdem die Zustimmung bei der Lohnbewegung in diesem Frühjahr dem Minimaxtarif ihre Zustimmung gegeben hatte, hat sie es den Gehilfen überlassen, für dessen allgemeine Einführung zu sorgen. Das ist diesen nun bisher nicht im wünschenswerten Maße gelungen. Viele Gehilfen fordern sich nicht einmal dem Minimaxtarif auf dem Arbeitsnachweis; manche ziehen es vor, in den Beschäftigten für geringere Preise zu arbeiten. Um nun eine allgemeine Anerkennung des Tarifs herbeizuführen, wird bei der Zustimmung die Wahl einer paritätischen Kommission beantragt, bestehend aus 7 Meistern und 7 Gehilfen. Diese sollen, mit Legitimationen versehen, bei den Arbeitgeberern nachforschen, ob der Tarif innegehalten wird. — In das Referat schloß sich eine lebhafte Aussprache. Von mehreren Rednern wurde auf die erbärmlichen Verhältnisse im Schuhmachergewerbe hingewiesen und es für unbedingt notwendig erklärt, daß man sich zum nächsten Frühjahr zu einer Lohnbewegung vorbereite. Die Zustimmung hätte, wenn es ihr wirklich ernst sei mit der Hebung des Handwerks, ihren vollen Einfluß zur Durchführung des Tarifs auszuwenden müssen. Der Vorsitzende Hermann wies den Vorwurf des Obermeisters, die Leitung der Gehilfenorganisation hätte sich schlapp gezeigt bei der Lohnbewegung, zurück. Wenn Fehler vorgekommen seien, müsse man in Betracht ziehen, daß die Leitung damals außerordentlich durch den Fabrikarbeiter-Ausstand in Anspruch genommen worden sei. Im nächsten Jahre solle man so energischer vorgegangen werden.

Der Konsumverein Berlin Süd hielt am Montag seine ordentliche Generalversammlung ab. Im Geschäftsbericht wurde die Mitteilung gemacht, daß in der Krudstr. 5 der Umsatz im ver-

gangenen Jahre 56 152,60 M. betrug, während in der Krudstr. 40 28 520,80 M. eingenommen wurden. Der erzielte Reingewinn betrug 5284,57 M. und konnten 6 Proz. vom Umsatz an die Mitglieder zurückgezahlt werden. Letztere Verkaufsstelle wurde erst im Laufe des Jahres eröffnet. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1900 302, am 1. Juli 1901 604. Im neuen Geschäftsjahre ist der Verein auch in der Lage, die Mitglieder mit guter, billiger Beschäftigung zu versorgen und sind schon über dreihundert Millionen Stück umgesetzt. Die vorgeschlagene Eröffnung von drei weiteren Verkaufsstellen wurde gutgeheißen. Die ausgelosten Aufsichtsratsmitglieder Meise, Müde und Pape wurden einstimmig wiedergewählt und als Ertragpersonen wurden die Herren Hohnwald, Lichtenberg und Frau Wagner neugewählt.

Marktpreise von Berlin am 7. Oktober 1901

nach Ermittlungen des lgl. Volksgewandlungsamtes

Wegeln, gut D-Gir	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Moggen, gut	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— mittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— gering	—	—	—	—	—	—	—	—	—
* Gerste, gut	14,40	13,70	—	—	—	—	—	—	—
— mittel	13,00	12,00	—	—	—	—	—	—	—
— gering	12,80	12,20	—	—	—	—	—	—	—
* Hafer, gut	16,10	15,20	—	—	—	—	—	—	—
— mittel	15,10	14,30	—	—	—	—	—	—	—
— gering	14,20	13,40	—	—	—	—	—	—	—
Mehlstroh	7,16	6,82	—	—	—	—	—	—	—
Gerst	8, —	6,10	—	—	—	—	—	—	—
Erbsen	40, —	25, —	—	—	—	—	—	—	—
Speisebohnen	50, —	25, —	—	—	—	—	—	—	—
Linien	60, —	30, —	—	—	—	—	—	—	—

* frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 8. Oktober. Der Getreideverkehr zeigte heute etwas lebhafteren Verkehr. Die Preise zogen für Weizen 1 M., für Roggen etwa 1/2 M. weiter an. Die Gründe für die festere Tendenzentwicklung waren dieselben, wie gestern. Umfasser meldete höhere Preise und das raube winterliche Wetter veranlaßt umfangreiche Deckungen. Ausländische Offerten waren nach wie vor knapp gehalten. Wehl wurde 5 Pf. besser bezahlt. Späterhin keilten sich die Getreidepreise noch eine Kleinigkeit höher und zwar im Anschluß an feste Meldungen aus Belgien und Liverpool. Am Futtermarkt blieb Hafer schwach, Mais war loco unverändert, Viehfuttermittel aus Amerika anziehend. Rindfleisch. Spiritus stellte sich 20 Pf. niedriger als gestern; 70er loco wurde mit 38,80 M. gehandelt. — Schluß für Getreide unverändert fest.

Vermischtes.

Ueber das Unwetter der letzten Tage liegen aus fast ganz Europa schlimme Nachrichten vor. In Veerort verursachte die Sturmflut eine große Ueberschwemmung. In der Nähe von Weidrich stürzte ein dreifüßiger Neubau teilweise ein. Bei Styrum wurde das Bahngelände durch abgedeckte Hausdächer verschüttet, wodurch der Eisenbahn-Verkehr stundenlang unterbrochen war. Bei Rors wurden mehrere Schrauben vollständig umgeweht. Bei Duisburg wurde ein 6000 Quadratmeter großes Holzgerüst zerstört; sämtliche Schuppen stürzten ein und bedeckten das Felsenbahngelände. Bei Speldorf wurde ein zwölfjähriger Knabe von einem niederstürzenden Baume erschlagen.

Die Mosel bei Trier stieg gestern auf 2,75 Meter, also in 48 Stunden um 2,02 Meter. Weg und Saarbrücken melden Steigen des Wassers. Der Rheinwasserstand bei Köln betrug gestern 11 Uhr 2,88 Meter gegen 2,43 Sonnabendabend.

Im Teutoburgerwald und in dem an die Provinz Hannover angrenzenden Gebiete herrscht großes Unwetter mit Gewittern.

Im Riesengebirge wüthete der Sturm seit Sonnabend umher. Die Bäche führten schon bedeutende Wassermengen und bei Forbauer des gegenwärtigen Wetters ist Hochwasser zu befürchten. Der Luftdruck ist noch im Sinken, die Temperatur in 500 Meter Höhe auf + 10 Grad Celsius gefallen.

Im ganzen Alpengebiete ist nach einer Grazer Nachricht die Temperatur rapide gesunken, alle Berge sind bis zur Thalsohle in Schnee eingehüllt.

Furchtbare Sirocco stürme und Springfluten richteten längs der Riviera großen Schaden an. Viele Fischerboote sind untergegangen. Auf der Schiffswerft in St. Andreas stürzte ein im Bau begriffenes Kesselhaus ein; ein Arbeiter wurde dabei getötet, sieben schwer verletzt.

Infolge des Sturmes wurden in Ostende sämtliche Fenster des Kurhausbaues eingedrückt, auch ist großer Schaden an mehreren Villen und Häusern verursacht worden. Ein im Bau begriffenes Haus stürzte ein, eine Kirche wurde vollständig abgedeckt. Ein Fischerboot wurde an den Strand geworfen und die Mannschaft konnte nur mit großer Mühe gerettet werden.

Der Sturm hat in den letzten Tagen in ganz England großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Verletzungen sind vorgekommen, darunter viele mit tödlichem Ausgange. In Stockwells Road wurde ein kleiner Knabe durch herabfallende Fiegel getötet. Die Isolerbarade in einem Krankenhaus, in der sich 20 Kinder befanden, hat der Sturm teilweise umgeworfen. Der Feuerwehrgelag gelang es mit Mühe, sämtliche Kinder zu retten, die alle unverletzt geblieben sind.

Auf der Reise von Sundswall nach Lübeck ist der größte Lübecker Dampfer „Ruhland“, Kapitän Kluppel, bei stürmischem Wetter unweit Hdrnlund-Quarfen gestrandet. Die Schiffbesatzung wurde nach siebenstündiger, gefährlicher Meeresschiffahrt gerettet. Das Schiff ist verloren.

Auch aus Spanien kommen Berichte über schlimmes Unwetter. Bei einem Sturm in der Bai von Venice sank, wie aus Lissabon berichtet wird, ein Fischerboot, 19 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 9. Oktober 1901. Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter, bei frühen südwestlichen Winden; später neue Trübung und Regen. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

29. M. 20. Das Bureau der Elektrischen Hochbahn ist Lindenstraße 29.

Preis Engenstraße. Wir raten Ihnen, den parteigenösslichen Gemeindevorsteher am Orte das und überwiegende Material zur Verfügung zu stellen, falls Sie nicht vorziehen, die Angelegenheit Ihrer Gewerkschaft zu unterbreiten.

Ed. G. 100. Ein Gehilfen ist nicht berechtigt, die Trauung abzulehnen, weil die Braut außerhalb geboren ist. Rechtlich ist die kirchliche Trauung genau so bedeutungsvoll wie der Regen am Hochzeitstage. Lediglich durch kanonische Trauung wird eine Ehe geschlossen. — Gördenstraße 51. Solche Untersuchung könnten Sie lediglich mit Einwilligung Ihrer Frau vornehmen lassen. — Friedrich W. Der Vorstand des Teutoburger Kreises macht in dem aus Kreismitteln erhaltene daselbstigen Parteibüro, Victoriastr. 18, der Arbeiterkammer Friedrich Carlstr. 5. — M. S. 45. Wenden Sie sich an die Eisenbahndirektion. — E. J. Mosch. Zu spät. — G. S. 100. 1. Kein. Eine Unfallrenten-Abschreibung ist nur zulässig (abgegeben von der Kostung der Witwen bei Wiederverheiratung und bei Ausländern) bei Renten unter 15 Mark. 2. Der Gehalt des Verrenteten wird vermindert, aber nicht hoch tarirt. Das Gehalt des Reichsbeamten beträgt 36 000 M. Hinzu treten 64 000 M. Repräsentationskosten und feste Dienstwohnung. Die Frage, wieviel ein Direktor einer Privatgesellschaft erhält, läßt sich nicht beantworten. — H. W. 23. 1. Wollen Sie sich von dem jährlichen Hofbesitzer kritisch beschreiben, daß er sämtliche Rechte teile, die durch den Unfall entstanden sind oder noch entstehen werden, Ihnen und Ihrer Frau zu erlegen verpflichtet ist und verpricht, diese Rechte zu erlangen. 2. Ein Antrag kann innerhalb drei Monaten gestellt werden. In Ihrem Fall hätte er aus zwei Gründen keinen Zweck. Erstlich müßte Ihnen und Ihrer Frau doch eine Bestätigung des seit Unrecht durch Zahlung bereuenden Sünders nicht. Zweitens kann aber schriftliches Uebereinkommen von Amts wegen ohne Antrag verfolgt werden. Ihr Recht auf Schadenersatz geht durch Unterlassen des Strafverfahrens nicht verloren.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 9. Oktober.
Cyrenhaus. Die Einführung aus dem Serail. Phantasien im Bremer Ratskeller. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Lear. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschloffen.
Schiller. Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Einmal Menschen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kellner. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Sein Doppelpänger. Sorker: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Gwig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesken. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rezeptionsbühne. Desses Pittencrons Santes Brett. Anfang 8 Uhr.
Central. Jose Blätter. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Erwin. Der Goldbauer. Anfang 8 Uhr.
Gari Weiss. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Randscheiter. Anf. 7 1/2 Uhr.
Welter-Miliane. Zoloto. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W. — Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Wieropol. Spezialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Mylo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Anna. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbier. Anfang 7 1/2 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Im Hörsaal: Dr. G. Nass. „Die chemischen Urstoffe“. Anfang 8 Uhr.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wolfer-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr: Sun erhemal: Ein toller Tag oder: Figaros Hochzeit.
Freitagabend 8 Uhr: Ein toller Tag oder: Figaros Hochzeit.
Donnerstagabend 8 Uhr: Die Kronpräsidenten.

Central-Theater.

Heute Anfang 8 Uhr. Jun 2. Male: **Jose Blätter.**
 Ein Runderbunt in 3 Abteilungen.
 1. Abteilung: Vorspiel auf dem Theater.
 2. Abteil.: Jose Blätter.
 3. Abteilung: Disgras. Operette in einem Akt von Julius Freund. Musik von Dr. Bogumil Jopler.
 Morgen und folgende Tage: **Lose Blätter.**
 Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Geisha.** Abends: **Lose Blätter.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage: **Ein tolles Geschäft.**
 Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Heimerding als Wolzogen. Junkermann, Josef. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Nur noch bis zum 15. Oktober:

Krauluna

mit dem Luftballett „Grigolatis“.
 • Wallno u. Mariette •
 Rob. Steidl Lucie Verdier
 und die vorzüglichsten Spezialitäten.
 Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort!
 Täglich: **Internationale Konzerte.**
 Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.
 Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
 Im Hörsaal: **Dr. G. Nass**
 „Die chemischen Urstoffe“.
 Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare 6 Liliputaner
 mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Passage-Theater.
 Anf. wochent. 5, Sonntags 12, Ende 11 Uhr.
Beginn des Abendprogramms 8 Uhr.
Adelina Sozo
 Prima ballerina assoluta.
Trandchen Hundgeburth,
 die Kuhmagd aus dem Rheinlando.
Hiasl und Franzl,
 die bayrischen Jaxbrüder und Schubplattler.
17 erstkl. Nummern.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurtstr. 132.
 Anfang 8 Uhr! Anfang 8 Uhr!
Berliner Rangen!
 Große Ausstattungspose mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von R. Leonard.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Schön war's doch!
 Gr. Berliner Anstaltungspose mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
 Gastspiel:
Saharet!
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater
 (früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion: Winkler u. Fröbel.
 Einen durchschlagenden Erfolg hat das neue
Oktober-Programm.
15 Senjations-Nummern.
 Nur vom Besten das Beste.
 Um 8 1/2 Uhr Direktor W. Fröbel als Schlachtermusik in der Operette **Weibliche Barbier.**
 Neueste Tagesereignisse.
Die drei Silbersterne.
 Der Musik-Sport-Akt.
 Lebende Riesen-Photographien.
 Anf. 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
 Billetvorverkauf von 11-1 Uhr.

Schall und Rauch,
 Unter den Linden 44.
Heute:
Eröffnungs-Vorstellung.
 Prolog: Narrenlied. Rex Kulturkarrikaturen. Tragödie. Die Gefangene. Die Jongleuse. Brettleiters Höllenfahrt. Pierette. Der deutsche Jüngling. Der Verliebte.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a.
 Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Partie: **Tanz.**
 Anfang Sonntag 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert.
 Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf.
 Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle anderen Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die Gise vom Erlenhof.
 Volksstück in 5 Akten v. Com. Stand.
 Donnerstag: **Die wilde Raue.**
Casino-Theater
 Lothringerstrasse 37.
Mary Ellys * Fritz Steidl
 und das übrige sensationelle Spezialitätenprogramm.
 Dazu der Schläger der Saison **Berlin N. — Berlin W.**
 Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.
 Stettiner Sänger.
 Herrliches Programm, u. a. „Bosco“.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Cirkus Busch.
 Mittwoch, den 9. Oktober, 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 „Die gute Brandenburg allwege.“
 Großes Ritter- und Schauspiel zu Wasser und zu Lande.
 Besonders hervorzuheben: Der Amerikaner Gifford als einhelliger Hochspringer auf seinem Rad. Ruhrebem: Gala-Programmnummern.

Cirkus Albert Schumann.
 Benz-Abende, Karlstrasse.
 Mittwoch, den 9. Oktober 1901, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Extra-Gala-Vorstellung.
 Abendstück: Stürmischer Beifall sämtl. neu engagierten Spezialitäten. Romi und Mad. Marquis. Cottrell. 8 Ugenis.
 120 Gr. Bakettdivertissement. 120 getanzt von 120 Damen.
 Das Schupferd in **Fener u. Flammen.**
 Neueste Erfindung des Direktors Alb. Schumann.
 Die phänomenalen 5 Amerik. Johnsons. Klub-Jugglers. Orig.-Clown Sofjanowitsch, der urkomische Berliner. Rad. Mathilde Reng. Der Frank Reng. Die einzigen existierenden drei. Weharas. Mlle. Blanche. Mlle. Rita Marty und Moni. Sautet. Ein Ständchen in der Arde Noach. Dir. Albert Schumann. Clown Adolph, der Unerwischliche. Garro u. Maria. Miss Victoria. Miss Daisey. Miss Wabel O'Brien zc.

Engl. Garten.
 Alexanderstraße 27c.
 Säte im November, sowie der Totenfeier und 1. 2. Weihnachtfeierling zu Festlichkeiten noch zu vergeben.
 22032*

Bayrisch Malzextraktbier.
 Bestes und billigstes all. bierwürdiges Malzextraktbier. Unverfälscht. Nährmittel für Kranke, Schwächliche und Lungenschwache.
 Vielfach ärztlich empfohlen. Mehrfach prämiert.
 20 Fl. 3 M. fr. Haus od. fr. Bahn. Berlin.
Bräuerei Bavaria
 Berlin NO., Wassmannstr. 28a.
Berliner Bock-Ale
 30 Flaschen 3 Mark.
Berliner Porter
 15 Flaschen 3 Mark.
 Versand nach allen Bahnhöfen.
 Kola Flaschenpfand.

Wo amüsiert man sich grossartig?
in Schnegelsbergs Festsälen
 Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
 Ind.: Max Schindler.
Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen
 verbunden mit Cigarren, Boudoir-Regen und diversen Ueberraschungen. 24442*
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hätt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Neueste Nachricht!
 Vollständige Wohnungs-Einrichtung für Mark **250.**
 Sofas von Mark 30 an
 Betten mit Federboden und Kissen 30
 Tischgeschirren 100
 Paneelefotos 60
Berlin O., Holzmarktstr. 21.
Eberhardts Möbelfabrik.

Meissner Dombau-Geld-Lotterie
 Ziehung schon 26. Oktober cr.
 43160 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
375000
 Die Hauptgewinne sind:
100000
60000
40000
20000
10000
 etc. etc. etc.
 Originallose a 3 Mk.
 Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrichstr. 181
 Filialen:
 NW.: Wehnackerstr. 63.
 O.: Andreasstr. 45 a.

Brauerei Germania
 Aktien-Gesellschaft
 Berlin O. 34
 Frankfurter Allee 53
 Teleph. Amt VII 2845
 empfiehlt für **1,50** frei Haus
 18 Fl. 4/10 Lagerbier (23162*)
 15 Fl. 1/2 Lagerbier
 15 Fl. 4/10 Pilsener Art
 15 Fl. 4/10 Münchener Art
 20 Fl. Doppel-Weissbier.

Dr. med. Schaper
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
 Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

36 Mark
 elegante Winter-Paletots.
30 Mark
 hochfeine Herren-Anzüge.
 12 Mark 2472L*
 schwere Winter-Beinkleider.
 Anfertigung nur nach Maß.
 Guter Stoff, tabelloser Sitz.
14 Krausenstr. 14,
1 Kr. kein Laden 1 Kr.

Möbel
 einzeln sowie ganze Wirtschaften in großer Auswahl zu billigen Preisen.
Berliner Möbel-Halle
 „Norden“ 24242*
 Ackerstr. 120 (am Gartenpl.)
Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung. Invalldenstrasse 145
 Olga Jacobson.

Wegen drohenden
Abbruchs
 des Hauses **Breite Strasse 20,** gegenüber dem Köllnischen Fischmarkt,
 löse ich mein seit 43 Jahren bestehendes Geschäft auf.
 — Gänzlicher —
Ausverkauf
 der grossen Lager von
Teppichen
Gardinen
Portieren
Steypdecken
Schlafdecken
Läuferkissen
 etc. etc.
 Verkauf von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr nur gegen Kasse.
 Der Ausverkaufspreis ist auf jedem Gegenstand neben dem alten Preise mit Blaustift vermerkt.
A. Löwenthal
 Breite Strasse 20
 Ecke Scharrenstrasse.

IX.  IX.
Berliner Pferde-Lotterie.
 Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901.
3333 Gewinne Wert Mark
100000
 Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.
Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark
 Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme
Carl Heintze, Berlin W.
 Unter den Linden 3. (2371L*)

Ausverkauf
 a. b.
Schlesinger'schen Konkursmasse
 Erste Berliner Patent-Schlafmöbelfabrik
Spandauer Straße 48, am Wolfenmarkt.
 Patent-Sofas, ein- u. zweifach, Bett-Stühle, Bett-Chaiselouge, Metallbettstellen mit Matrizen sowie komplette Betten sollen zum billigsten Preise verkauft werden. Der Verkauf findet statt vormittags 8-12 Uhr, nachmittags 2-8 Uhr. (2387L*)

Gr. Meissner Geld-Lotterie.
 Ziehung bestimmt 26. Oktober bis 2. Novbr. d. J.
 13160 Geldgewinne und 1 Prämie, zusammen
375000 Mark baar.
 Die Hauptgewinne sind im glücklichsten Fall
 v. 100 000, 60 000, 40 000, 20 000, 10 000 M. etc.
 Original-Lose a 3 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen Nachnahme, Coupons und Briefmarken (2462L*)
Neubauer & Co. Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrichstrasse 188/189, Ecke Krausenstr.

Grösstes Möbel-Kaufhaus
 für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf
!!Credit!!
 bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
 Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000 und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
 S. Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinenstr.
 Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe
 nach Maß, auch der Reste allerbilligste Preise. Best. Garderobe held vorräthig.
 Tomporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 18. 11.
Sonig! Garanti. unverfälscht. Bienenhonig verpackt 9 Pf. netto zu 6,50 M., 5 Pf. netto 4 M. Garant. fr. Käse.
E. Reil, Nordloh.
 Bahnhof Auguststr. 24642* Oldenburg.

